Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1906

275 (24.11.1906) Erstes Blatt

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — **Abonnementspreis:** ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 275. Erstes Blatt. Karlsruhe, Samstag den 24. November 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt mit dem Unterhaltungsblatt 3 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

Der Roman befindet sich im zweiten Blatt.

Die polnische Frage und die Parteien des Reichstags.

Die polnische Frage wird in den nächsten Tagen den deutschen Reichstag beschäftigen und man darf hoffen, daß sich die Erörterung dieses überaus wichtigen Problems nicht bloß auf die mißbräuchliche Anwendung des § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuches beschränken wird, die den eigentlichen Gegenstand der von der Polenfraktion eingebrachten Interpellation bildet. Die Urteile des Vormundschaftsgerichts von Zabrze, die rechtschaffenen, um das Wohl ihrer Kinder besorgten Eltern aus politischen Gründen das elterliche Erziehungsrecht entzogen, sind nur ein einzelnes Symptom eines allgemeinen Zustandes, der aus den verschiedensten Gründen die Aufmerksamkeit des Reiches in Anspruch nimmt. Die polnische Frage ist nicht bloß eine preußische, nicht bloß eine deutsche, sondern eine internationale Frage, welche die auswärtige Politik aufs stärkste beeinflußt. Man braucht nur die ausländische Presse zur Hand zu nehmen, um zu bemerken, daß sich das Ausland um die Vorgänge im Osten des Reiches eifriger bekümmert als das Inland. Die Entrüstung der zivilisierten Völker wendet sich aber nicht allein gegen die preußische Regierung, sondern unter begreiflicher Außerachtlassung seiner staatsrechtlichen Unterschiede gegen das deutsche Reich und die deutsche Nation, die solche Zustände duldet. Wo im Osten und Süden, in Rußland und Oesterreich, deutsche Minderheiten, unter die Masse der slavischen Bevölkerung versprengt, ihre nationale Existenz zu behaupten suchen, leiden sie unter dem Haß, der in Westpreußen, Posen und Oberschlesien entzündet wird, und fast auf den Tag genau läßt sich der Zeitpunkt bestimmen, an dem der einzige, im Reichstag vom Fürsten Bülow so warm gefeierte „treue Bundesgenosse", Oesterreich-Ungarn, sich gezwungen sehen wird, das Tischtuch zwischen sich und dem Reiche der Polenhetze völlig zu zerschneiden. Das sind Erscheinungen, die zu erörtern der deutsche Reichstag wohl nicht bloß berechtigt, sondern auch verpflichtet ist.

Dazu kommt, daß die preußische Regierung in ihrem Kampfe gegen die Polen nicht zum erstenmal die Schranken des Reichsrechts überschritten hat. Das neue polnische Ansiedelungsgesetz konnte nur erlassen und kann nur ausgeführt werden unter gröblicher Verletzung der Grundsätze des bürgerlichen Rechts, die nicht nur dem Staatsbürger, sondern sogar auch dem Ausländer das Recht, Eigentum an Grund und Boden zu erwerben, gewährleisten. Dieses Recht ist den Polen durch das Ansiedelungsgesetz entzogen oder beschränkt worden — der preußische Zuchthausstaat zerstört eben rücksichtslos die von ihm selbst verkündete „Heiligkeit" des Eigentums wie der Familie, sowie sie sich ihm bei der Ausführung seiner brutalen Germanisierungspolitik hindernd in den Weg stellen. Rücksichtslos überschreitet er die Schranken seiner Befugnisse, schädigt er die Interessen der Deutschen im Ausland, das Ansehen und die Sicherheit des Reichs.

Inzwischen hat die polnische Interpellation im Reichstag schon durch die Geschichte ihrer Entstehung ein Vorspiel gefunden, das lebhaftes Interesse weckt, weil es auf die Stellung der Reichstagsparteien zur polnischen Frage einiges Licht wirft. Die Polenfraktion ist aus eigener Kraft nicht imstande, die erforderliche Zahl von 30 Unterschriften für eine Interpellation aufzubringen — sie zählt nur 16 Mitglieder — und rechnete auf die Unterstützung des Zentrums, die ihr bisher niemals noch versagt geblieben ist. Indes verbot die Zentrumsfraktion ihren Mitgliedern, die Interpellation mit zu unterzeichnen, und so sahen sich die Polen genötigt, einen Schritt weiter nach links zu rücken, und die Hilfe des Freisinns anzurufen, die ihnen auch gewährt wurde. Es mag den Herren von der polnischen Fraktion nicht leicht geworden sein, sich an die Freisinnigen zu wenden, die sich in der Polenfrage in heilloser Verwirrung gespalten haben und zum Teil alle hakatistischen Infamien billigen, während ein anderer Teil — man muß nur an die recht verständigen Artikel Gotheins in der Nation erinnern — die preußische Polenpolitik lebhaft bekämpft. Die polnischen Adligen, Geistlichen und Bourgeois, denen sich das Tor des Zentrumsturmes verschloß, demütigen sich aber lieber vor dem Freisinn, als daß sie sich auf eine — wenn auch nur formale — Gemeinschaft mit der einzigen Partei einließen, die die Unterdrückung des Polentums entschieden bekämpft, mit der Sozialdemokratie.

Die polnische Reichstagsfraktion ist viel zu sehr feudale und bürgerliche Klassenpartei, um eine wirkliche und wirksame Vertretung des polnischen Volkes bilden zu können. Darum nährt sie lieber die vorläufig recht aussichtslosen Hoffnungen auf den großpolnischen Einheitsstaat, als daß sie energisch nach jenem einzigen Ausweg drängte, der sich den polnischen Zwangspreußen in ihren Nöten eröffnet. Nur die Demokratisierung Preußens kann den hakatistischen Spuk verschwinden machen, nur das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht kann im preußischen Abgeordnetenhause eine Mehrheit schaffen, die Gefühl und Verständnis besitzt für das Recht nationaler Minoritäten. Die einzige Partei aber, die solche Ziele verfolgt und völlig frei ist von hakatistischer Verblendung, die Sozialdemokratie, wird von den polnischen Herren im Reichstage kaum weniger gefürchtet und gehaßt, als von den Liedemann und Konsorten.

Das kann die Sozialdemokratie natürlich nicht hindern, den Weg zu gehen, den ihr ihr Programm vorschreibt. Sie kämpft für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Sie bekämpft „nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse".

Die Masse der polnischen Bevölkerung Preußens ist vom Verständnis solcher Grundsätze leider noch recht weit entfernt. Der Osten ist noch arm an Industrie und die neue, durch die kapitalistische Entwicklung hervorgerufene soziale Differenzierung der Massen befindet sich doch erst in ihren Anfängen. Das Emporsteigen bäuerlicher Elemente in die Bourgeoisie, das durch die geniale Ansiedelungspolitik noch begünstigt wird, macht den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf zu einem nationalen Kampf zwischen dem alten deutschen und dem emporsteigenden polnischen Bürgertum und stärkt den bürgerlichen Gedanken der nationalen Solidarität auf Kosten des proletarischen Gedankens der Klassensolidarität. Die ländlichen Massen sind noch in religiösen Vorurteilen erstarrt, die sie auch proletarisiert auf ihre Wanderschaft mitnehmen, da ihnen der unverständliche deutsche Zwangsunterricht jede Möglichkeit freierer Bildung beschneidet.

Wenn sich aber jetzt zwischen Zentrum und Polentum die Grenzscheide immer schärfer zieht und der bürgerlich-radikale Nationalismus selbständige politische Existenz gewinnt, so ist das ein Zeichen fortschreitender sozialer Entwicklung, die auch bei dem sich jetzt bildenden Zustande keineswegs Halt machen wird. So nähert sich der Tag, an dem die Sozialdemokratie nicht bloß wie jetzt noch zugunsten, sondern auch im Namen des arbeitenden polnischen Volkes, als dessen berufene Vertreterin, ihre Stimme im Reiche und in Preußen erheben wird. Das sind Entwicklungen, die ihre Zeit haben müssen, um zur Reife zu gelangen und viel Dank hat die Sozialdemokratie vorläufig nicht zu erwarten, wenn sie sich der Rechte des unterdrückten Polenvolkes tatkräftig annimmt. Aber niemals hat noch die Sozialdemokratie, wie es stets und jetzt wieder das Zentrum tut, ihre Politik nach der Tageskasse des politischen Erfolgs eingerichtet, sondern sie hat allezeit die Bahn gehalten, die ihr die Großzügigkeit ihrer Weltanschauung vorschreibt. Sie kann ihre Feinde unter den Polen nicht besser bekämpfen, als indem sie die Feinde der Polen bekämpft.

Politische Uebersicht.

Ein Brief Plechanows.

Als im vorigen Jahre die russischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre den Beschluß faßten, die Dumawahlen zu boykottieren, ergriff die Regierung strenge Maßnahmen gegen die Propaganda des Boykotts. Jetzt beschlossen die „extremen" Parteien, sich an den Wahlen zu beteiligen, aber die Regierung verkürzte das Wahlrecht der Fabrikarbeiter, der Bauern und der kleinen Eisenbahnbeamten, um vielleicht den Boykott zu provozieren. Doch scheint es ihr diesmal nicht zu gelingen; die Linke bereitet sich eifrig zu den Wahlen vor, d. h. sofern sie es offen darf. Es bestanden noch manche Zweifel wegen der Koalitionen mit anderen Parteien; jetzt veröffentlicht aber Plechanow einen Brief an die organisierte Arbeiterschaft, in dem er gegen die „falsch verstandene Unversöhnlichkeit" des Proletariats energisch Stellung nimmt. Wegen der entscheidenden Bedeutung von Plechanows Ausführungen bringen wir den Brief im Wortlaut. Es heißt da:

„Wir müssen unsere Kräfte so ordnen, daß sie dem Gegner den größten Verlust beibringen können. Um dies zu erreichen, müssen wir uns stets erinnern, daß es außer unserer Partei — der Partei des Proletariats — in Rußland noch andere Parteien gibt, die bereit sind, für die politische Freiheit zu kämpfen. Diese Parteien gehen nicht so weit vorwärts, und insofern sie es tun, müssen wir sie in unserem eigenen Interesse unterstützen, weil wir durch ihre Unterstützung die Wirkung unserer eigenen Kräfte verstärken. Dies muß man immer und überall im Auge haben.

Namentlich muß man es bei den Wahlen zur neuen Duma vor Augen haben. Wenn wir uns sämtlichen nichtproletarischen Parteien gegenüber so verhielten, als ob der Sieg irgend einer von ihnen für das Proletariat gleich schädlich wäre, so würden wir dadurch einen nicht wieder gutzumachenden taktischen Fehler begehen. Wir würden damit der Niederlage solcher Parteien, die uns beizustehen vermöchten, und dem Siege solcher, von denen wir nichts als Stock und Peitsche erwarten können, Vorschub leisten. So zu handeln, hieße uns selbst schädigen, unsere eigene Sache verraten.

Bei den Wahlen müssen wir mit der größten Vorsicht vorgehen. Dort, wo keine Zweifel bestehen, daß wir unseren eigenen Kandidaten durchbringen können, dort können und müssen wir unabhängig von anderen Parteien handeln. Dort aber, wo wir des Sieges unseres Kandidaten nicht sicher sind, sind wir verpflichtet, mit anderen Parteien, die gewillt sind, gegen unsere alte Staatsordnung zu kämpfen, Vereinbarungen zu treffen. Tun wir es nicht, so wird bei den Wahlen die größte Verwirrung entstehen; es würde, sagen wir, ein Kadett durchfallen, und ein „Oktobermann", oder gar ein Mitglied der Schwarzen Hunderte gewählt werden. Damit wäre der Regierung der größte Dienst geleistet; sie würde sich herzlich freuen ob unserer Fehler. Aber wir würden nicht nur unsere Sache schädigen; wir würden uns schänden in den Augen aller denkenden und redlichen Leute in Rußland wie im Auslande.

Genossen! Es naht eine wichtige entscheidende Stunde. Von unserer Taktik wird der Triumph oder die Niederlage der Regierung abhängen. Bemühen wir uns, unsere Taktik möglichst vernünftig zu gestalten. Die politische Weisheit aber fordert von uns, daß wir gern Uebereinkünfte mit nichtproletarischen Parteien in allen jenen Fällen schließen, wo es notwendig ist, um über die Reaktion zu siegen.

Wir haben kein Recht, anders vorzugehen. Wer im Namen der falsch verstandenen „Unversöhnlichkeit" in den erwähnten Fällen eine Uebereinkunft mit den oppositionellen, nichtproletarischen Parteien nicht eingehen wollte, der würde tatsächlich die Regierung unterstützen, d. h. er würde so vorgehen, wie es die Feinde der Freiheit tun.

Wegen den heranrückenden Wahlen erachte ich es als meine Bürgerpflicht, dies ihnen zu sagen."

Badische Politik.

Der sozialdemokratische Lehrerverein,

der nicht in Mannheim, sondern in Zürich gegründet wurde, hat es der Zentrumspresse und der „liberalen" vom Schlage der Neuen Bad. Landesztg. und des Heidelberger Tageblatts angetan. Zwar mußte jeder, der nicht am Rotkoller leidet, auf den ersten Blick aus der Notiz der Mannheimer Volksstimme merken, daß der sozialdemokratische Lehrerverein nicht in Baden gegründet wurde. Der Leim, auf welchen die Volksstimme die Sozialistenfresser locken wollte, war sozusagen mit Händen zu greifen. Aber tollpatschig, wie die blindwütigen Hasser der Sozialdemokratie nun einmal sind, krochen sie auf den Leim. So schreibt der Freiburger Bote:

Mannheim, 20. Nov. Nach der Volksstimme hat sich hier eine sozialdemokratische Lehrervereinigung gebildet.

Wenn man sich das, was man in den letzten Jahren und Monaten aus gewissen Lehrerkreisen — wir erinnern nur an den Lehrer Feigenbutz in Ettlingenweier — gehört und erfahren hat, überlegt, so wird diese Nachricht gar nicht überraschen. . . . Soweit sind wir also glücklich gekommen, daß sich Lehrer, denen die Erziehung unserer Kinder anvertraut ist, einem Verbande anschließen, dessen Ziele sich mit jener Partei decken, die sich als Aufgabe die Vernichtung der bestehenden Staatsordnung mit dem Mittel des Umsturzes gestellt hat und die in Wort und Schrift die Revolution verherrlicht! Es dürfte zweifelsohne der Ironie nicht entbehren, daß diese Erscheinung zum erstenmale in einem Staate auftritt, in welchem die Großblockpolitik in gewissen Regierungskreisen nicht einer gewissen Begünstigung, wenigstens bei den Wahlen, entbehrt.

Ohne Denunziation geht es bei den Zentrumsschriften nicht und auch nicht, ohne daß man das Blockgespenst, auch wenn es noch so lächerlich ausstaffiert ist, aufmarschieren läßt. Es ist das ein deutliches Zeichen, wie die Ultramontanen sich vor einer konsequent durchgeführten Blockpolitik fürchten. Was man nämlich nicht fürchtet, läßt man nicht fort und fort als Schreckgespenst aufmarschieren.

Die Neue Bad. Landeszeitung orakelt wie folgt:

„Ob es sich um eine lokale oder eine Landesorganisation handelt, ist aus den Mitteilungen des Blattes nicht klar ersichtlich. Jedenfalls liegt aber die Gefahr vor, daß diese Vereinigung entweder dem paritätischen Lehrerverein Konkurrenz macht, oder innerhalb desselben gewissermaßen einen „Staat im Staat" bildet und dadurch zersplitternd und lähmend wirkt. . . . In sozialdemokratischen Kreisen scheint man zu glauben, daß sich Herr Wacker und die Seinen über die neue Vereinsgründung besonders aufregen und ärgern werden. Wir vermuten das Gegenteil. Eine größere Freude konnte Herrn Wacker gar nicht bereitet werden. Einmal weil dadurch in den Augen mancher Leute seine jüngsten Ausfälle gegen den Oberschulrat, den Lehrer- und Beamtenstand einen gewissen Schein der Berechtigung gewinnen, und dann, weil sich aus dem Faktum gar viel Kapital schlagen läßt behufs Verdächtigung unserer liberalen Minister von Dusch und Schenkel. Die Phrasen gewisser Zentrumsblätter vom angeblichen „Radikalismus" der badischen Regierung werden in unendlichen Variationen wiederkehren, und daß sie in einflußreichen Kreisen nicht ganz wirkungslos bleiben, wird von seiten des Zentrums zum mindesten gehofft werden. Auf jeden Fall bedeutet das Vorkommnis für die Regierung eine Quelle von Unannehmlichkeiten. Sie wird dazu Stellung nehmen müssen, und wozu sie sich auch entschließt, sie wird Mißdeutungen, Angriffen und Verdächtigungen ausgesetzt sein."

Wie besorgt doch das „freisinnige" Mannheimer Strohmarktpapier um die „liberalen" Minister ist. Es lohnt sich wirklich nicht, auf diese Kannegießerei etwas zu erwidern.

Am meisten blamierte sich der ehemalige „Reformator" des badischen Liberalismus, der Redakteur des Heidelberger Tageblattes. Er schrieb:

Das formelle Recht der Lehrer, sich zu einer sozialdemokratischen Lehrervereinigung zusammenzutun, lassen wir dahingestellt sein. Sicherlich ist es aber ein Unrecht am Volk, und ein Unrecht am Staat, wenn Lehrer so etwas tun. Weder die Lehrer im Lande, noch die Lehrer in Mannheim sind sogestellt (!), daß sie überhaupt Anlaß haben, sich der Sozialdemokratie in die Arme zu werfen, geschweige denn, eine sozialdemokratische Vereinigung zu gründen. In den weitesten Kreisen der Bevölkerung wird man mit höchstem Erstaunen diese neueste Mannheimer „Geschichte" vernehmen; sie wird dazu beitragen, die Freunde, die der Lehrerstand hat, stutzig zu machen; aber ein Gutes hat sie doch: sie zeigt mit greller Deutlichkeit, wie herrlich weit wir in Baden in letzter Zeit „gediehen" sind. Und das ist auch etwas wert.

Heiliger Florian! Und solche Leute spielen sich als personifizierte Wegweiser für den Liberalismus auf.

Als warnende Kassandra

spielt sich Herr Ammon im Schwäb. Merkur den Nationalliberalen gegenüber auf. Ihm assistiert Herr J. Straub vom Heidelberger Tageblatt. Diese beiden überschlauen Politikusse reden den Nationalliberalen fort und fort ins Gewissen, sich ja nicht zu weit nach links drängen zu lassen, da sonst viele Wähler sich nach rechts hin in die Büsche schlagen würden. Daß umgekehrt, bei der Politik der Nationalliberalen, ein gemeinsames Zusammenarbeiten mit den Linksliberalen praktisch einfach unmöglich ist und deshalb alle wirklich liberalen Elemente notgedrungen der nationalliberalen Partei den Rücken kehren müssen, begreifen diese Ueberschlaue nicht, oder wollen es nicht begreifen. Eine Blockpolitik mit den Linksliberalen unter gleichzeitiger Rücksichtnahme auf die Konservativen und Konservativ-Liberalen ist heller Unsinn. Wenn Herr Ammon die Frage aufwirft:

„Und besteht die Blockpolitik darin, daß die Nationalliberalen gezwungen werden sollen, sich entweder nach links ziehen oder ganz beiseite schieben zu lassen?"

so antworten wir mit einem unbedingten Ja. Etwas anderes gibt es einfach nicht, entweder — oder. Wer sich darüber noch irgendwelchen Zweifeln hingibt, hat kein Verständnis für das, was man als Blockpolitik bezeichnet. Die Linksliberalen dürfen auch nicht einmal den Schein erwecken, daß sie eine liberal-konservative Politik mitmachen, denn sonst laufen ihnen die Leute, über die sie verfügen, noch davon und machen „den kleinen Schritt zur Sozialdemokratie". Die Nationalliberalen mögen sich ja keinen Hoffnungen hingeben. Die Zeit drängt zu einer klaren Entscheidung. Der Kampf mit der klerikal-agrarischen Reaktion muß entschieden werden. Wer da nicht den Mut hat, Farbe zu bekennen, der wird in diesem Kampf zerrieben. Der deutsche Liberalismus hat die Zeit, wo er von sich aus diesen Kampf mit Erfolg führen konnte, endgiltig verpaßt. Darüber liefern die Ziffern der Wahlen den unzweifelhaften Beweis. Die Konsequenzen, die sich daraus mit eherner Notwendigkeit ergeben, lassen sich nicht mehr umgehen. Der Liberalismus hat nur noch die Wahl, entweder mit der Sozialdemokratie den Kampf gegen die Reaktion zu führen, oder in diesem Kampfe an die Wand gedrückt zu werden.

Herr Frühauf

hat nach einem Bericht der freisinnigen Lörracher Ztg. in der Schopfheimer Versammlung u. a. erklärt, über sein Referat in der Karlsruher Blockversammlung, wo er mit Herrn Dr. Binz Bericht erstattete, sei die dumme Behauptung aufgestellt worden, er hätte gesagt, daß er sich in der Eisenbahntarifreformfrage in seiner Haltung geirrt hätte und daß er anstelle der Nationalliberalen wie sie gestimmt hätte. Das sei natürlich törichtes Gerede, dem man, wie er angenommen habe, keinen Glauben beimessen werde bei einem Manne, der seit langen Jahren über seine Anschauungen keinen Zweifel gelassen hat. Aber man kann doch nicht immer jeder falschen Aufstellung nachlaufen und immer wieder eine an sich klare Sache auseinandersetzen. Er habe nur gesagt und halte das heute aufrecht, daß wir jetzt, nachdem die Sache endgiltig entschieden und an der Tatsache nichts mehr zu ändern ist, daraus keinen Differenzpunkt mehr machen wollten.

Demgegenüber bleibt die Bad. Landesztg. dabei, Frühauf habe gesagt, daß auch freisinnige und demokratische Abgeordnete, wenn sie bei uns in ausschlaggebender Stärke über die Personentarifreform hätten entscheiden müssen, kaum anders abgestimmt hätten, als es die nationalliberale Fraktion tat; zu dieser Meinung sei er durch die Stellungnahme der schwäbischen Demokratie zur Frage der Tarifreform gelangt.

Nun wird Herr Frühauf nicht umhin können, sich deutlich zu erklären. Hat er das gesagt, was ihm die Bad. Landesztg. in den Mund legt, dann kann Herr Frühauf mit seiner Opposition einpacken, denn kein Mensch wird sie mehr ernst nehmen.

Zu was die Eisenbahnverwaltung Geld hat und zu was nicht.

Der Bad. Landesbote berichtet u. a.:

Es war ursprünglich vorgesehen, daß die Kaiserin in Achern in ihrem Hofzug übernachten werde, zu welchem Zweck derselbe auf ein Nebengleis im alten Bahnhof zu schieben gewesen wäre. Kaum war diese Nachricht zu den Ohren der hohen Generaldirektion gedrungen, als sie schleunigst (für so etwas sind ja immer Arbeitskräfte und finanzielle Mittel da!) fünf große elektrische Bogenlampen auf dem alten Bahnhof zu Achern errichten ließ. Als ob dort von der Kaiserin großer Empfang abgehalten werden sollte! Man war mit dem großen wohltätigen Werk noch nicht ganz fertig, als mit einemmale das Telegramm kam: Halt, wieder aufhören, die Kaiserin fährt durch bis Baden. Flugs wurden die Arbeiten wieder eingestellt . . .

Als Gegenstück hierzu schreibt man uns aus Eisenbahnerkreisen unter dem Stichwort: Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein, folgendes:

Neuerdings sind 17—18jährige Arbeiter eingestellt worden. Dieselben kommen täglich auf ihre Kosten von Malsch und beziehen einen Tagelohn von — 1,70 Mk.

Sind das etwa die Folgen der Besserstellung durch die neue Lohnordnung? Wie zutreffend hat doch Abg. Kolb die Wirkungen der neuen Lohnordnung gekennzeichnet. In einigen Jahren hat man die 10prozentige Lohnerhöhung nahezu wieder eingespart. Der „Grundlohn" für ungelernte Arbeiter vom 22. Lebensjahre ab ist 2,70 Mk. Für jedes Jahr weniger, das der eingestellte Arbeiter alt ist, werden 20 Pf. am „Grundlohn" abgezogen, in diesem Falle sind es 5 Jahre, macht 1 Mk. Also erhalten 17jährige Arbeiter nur 1,70 Mk. „Grundlohn". Mit welchem Recht diese jüngeren Arbeiter für jedes dem 22. Lebensjahre fehlende Jahr 20 Pf. pro

Tag abgezogen erhalten, das wissen die Götter und die „Sozialpolitiker" in der Großh. bad. Generaldirektion. Wo kommt so etwas im Privatbetrieb vor. Beim Staat nennt man das „sparen". Ob man mit solchen Hungerlöhnen leben kann oder nicht, was kümmert das die Heren in der badischen Eisenbahnverwaltung, die „sparen" müssen. Noch nicht einmal mit 2,70 Mk. kann man heute halbwegs menschenwürdig leben. Was bekommt man denn für 1,70 Mk. im Tag? Junge Männer von 17 Jahren haben einen guten Appetit. Wir wollen gering rechnen: für Kaffee 20 Pf., Frühstück 25 Pf., Mittagbrot 50 Pf., Abendbrot 40 Pf., Logis 30 Pf., das macht pro Tag 1,65 Mk. Wo bleibt dann das Geld für Kleider, Schuhe usw. Von allem anderen gar nicht zu reden. Ein solcher Lohn reicht nicht einmal aus, um sich satt essen zu können. Der Staat sollte sich schämen, solche Löhne zu bezahlen, zumal wenn die jungen Arbeiter sehr anstrengende Arbeit verrichten müssen.

Der Klerikalismus in den badischen Mittelschulen.

Daß das Zentrum in Baden vorerst sich mit der Simultanschule abgefunden hat, ist an und für sich schon sehr verdächtig. Denn eine Simultanschule, mit welcher das Zentrum seinen, wenn auch nur scheinbaren Frieden schließt, ist darnach. Das zeigt sich im badischen Schulwesen je länger, desto deutlicher. Nach und nach hat sich der Klerikalismus in unser Schulwesen eingenistet, angefangen bei den Kinder-, Koch- und Strickschulen bis hinauf zu den Mittelschulen.

In einem interessanten „Eingesandt" der Badischen Landeszeitung bekommen wir einen Einblick in die Zustände, die sich in einzelnen staatlichen Mittelschulen bereits herausgebildet haben. Entgegen den Staatsgesetzen, wonach die Ausübung eines Zwanges hinsichtlich der Erfüllung „religiöser Pflichten" unstatthaft ist, nimmt sich der geistliche Konviktsvorstand am Rastatter Gymnasium das Recht heraus, die Schüler zu Prozessionen, zum Besuche des Sonntags- und Mittwochsgottesdienstes, zur Ablegung der Beichte und zur Teilnahme an der Vesper zu zwingen. Ja, es scheint, als hänge die Güte des Zeugnisses von dem Umfange der Erfüllung „religiöser Pflichten" ab. In Rastatt ist es vorgekommen, daß ein Vater — was er doch nicht nötig hatte — für seinen Sohn um Dispens von der Vesper am Sonntag Nachmittag nachsuchte, ihn aber weder von der Direktion noch von dem Konviktsvorstand als dem Religionslehrer bewilligt erhielt.

Im Rastatter Gymnasium weht nicht der Geist einer staatlichen interkonfessionellen Mittelschule, sondern der einer Klosterschule. Ist es da ein Wunder, wenn der Ultramontanismus in den Kreisen des unteren und mittleren Beamtentums immer mehr überhand nimmt. Der Ultramontanismus erzieht sich seine Zöglinge und späteren Agitatoren in der staatlichen sogenannten Simultanschule.

Wer kein oder nicht genügend Geld für die Schule hat, arbeitet dem Klerikalismus in die Hände. Das zeigt sich auch hier wieder.

Deutsche Politik.

Bei den Frankfurter Stadtverordnetenwahlen, die am Donnerstag stattfanden, wurden 8 Demokraten, 4 Freisinnige, 2 Nationalliberale und 1 Sozialdemokrat, Genosse Dr. Quarck, gewählt. Es haben 10 Stichwahlen stattzufinden, bei welchen unsere Partei fünfmal beteiligt ist und zwar zweimal mit den liberalen und dreimal mit den reaktionären Mittelständlern. Die letzteren drei Stichwahlen sind für unsere Partei aussichtsvoll. Wir haben über 2100 Stimmen Zuwachs. Ein Bravo den Frankfurter Genossen.

Trockene Annexion.

Zu der Regentschaftsfrage meldet die Braunschweigische Landeszeitung, daß Pläne bestehen und Unterhandlungen gepflogen worden sind, die den zweiten Sohn Wilhelms II., Eitel Friedrich, auf diesen gut besoldeten und bequemen Posten bringen sollen. Wenn es auch unendlich belanglos ist, wie das Firmenschild dieser Regentschaft aussieht, so käme ihre Besetzung durch einen Sohn Wilhelms II. doch einer trockenen Annexion des Ländchens durch Preußen gleich, nachdem vor 40 Jahren angrenzende Gebiete auf dem Wege einer blutigen Annexion preußisch geworden sind.

Ausland.

Frankreich.

Die Kircheninventuren werden jetzt in ganz Frankreich vorgenommen. In den Departements Lozere und Puy-de-Dome hat die Regierung umfassende militärische Maßnahmen getroffen. Die Soldaten werden, wie Eclair meldet, mit Melinitkapseln und Werkzeugen ausgerüstet, um die Kirchentüren, falls sie verrammelt sein sollten, sprengen zu können. Nach dem Bezirke Rochefort, wo man auf besonders lebhaften Widerstand gefaßt ist, sind drei Sonderzüge mit starken Abteilungen Gendarmerie, Reiterei und Fußtruppen abgegangen.

Der Kriegsminister verständigte die Korpskommandeure bezüglich der Inventuraufnahme, daß das Recht der Zivilbehörden, Truppen zu requirieren, sobald das Verlangen gestellt werde, unverzüglich anerkannt werden müsse; ferner, daß bei den zur Verwendung kommenden Truppenabteilungen sich keine Offiziere und Mannschaften befinden sollen, welche Familienbeziehungen in den Ortschaften haben, in denen die Inventuraufnahme unter militärischem Beistande vorgenommen wird; schließlich, daß die Truppen nur ihre regelmäßigen Waffen tragen und besonders die Dragoner niemals mit Lanzen ausgerüstet werden sollen.

Belgien.

Eine antiklerikale Riesendemonstration. Die Sozialisten und Liberalen ganz Belgiens veranstalteten am Sonntag in Brüssel für die Einführung des Schulzwangs einen gegen die klerikale Regierung gerichteten Demonstrationszug, den Belgien in ähnlich imposanter Größe selten gesehen hat. Etwa 60 000 Menschen nahmen an dem Zug teil. Militärvereine, an deren Spitze drei Generäle schritten, viele Schulkinder mit Petitionen, die belgische Frauenliga, Scharen von Studenten, viele Senatoren und Kammermitglieder, darunter die Genossen Anseele, Vertrand, Denis usw. marschierten in dem Zuge mit, der zwei Stunden nötig hatte, um vor dem Rathause in ziemlich raschem Tempo vorbeizudefilieren. Im gotischen Saale des Rathauses hielt der frühere Brüsseler Bürgermeister Buls als Präsident der Unterrichtsliga an den jetzigen Bürgermeister de Mot eine Ansprache, in der er warm die Einführung des Schulzwanges forderte, damit Belgien im Wettstreite der Nationen nicht zurückbleibe. Die Schulknaben überreichten dann Hunderte von Petitionen.

Schweden.

Die Zahl der Sozialdemokraten in der zweiten Kammer des schwedischen Reichstags ist auf 14 erhöht worden. Bei den beiden Nachwahlen, die am 16. November in Stockholm stattgefunden, siegte im ersten Wahlkreise Genosse Charles Lindley, Vorsitzender des Transportarbeiterverbandes, mit 1971 Stimmen über den Liberalen Dr. Elmquist, der 1198 Stimmen erhielt. Bei der Hauptwahl im vorigen Jahre war unser Genosse mit 1305 gegen 1605 liberale Stimmen unterlegen.

Aus der Partei.

Die Protestbewegung gegen die Lebensmittel-Verteuerung

nimmt ihren ungehinderten Fortgang. Die Versammlungen sind fast durchgängig überfüllt. Die Arbeiter spüren eben am eigenen Leibe, was die Verteuerung aller Lebensmittel für sie und ihre Familie bedeutet.

Auch heute und morgen finden wieder eine Reihe von Versammlungen statt. Arbeiter, Parteigenossen, unterstützt den Protest gegen den Lebensmittelwucher. Denke keiner, auf mich kommt es nicht an. Die Teuerung macht vor dem einzelnen nicht Halt! Sie trifft auch den indifferenten Arbeiter. Darum:

Auf in die Versammlungen!

Fahrnau, 23. Nov. Die am Sonntag Nachmittag bei Winterhalter in Hammer stattfindende Volksversammlung war ursprünglich für Fahrnau geplant; es waren uns auch Lokale in Aussicht gestellt, aber als es ernst wurde, das gegebene Versprechen zu halten, wurde die Hergabe verweigert. Wir haben hier mit ganz besonderen Verhältnissen zu rechnen. Es wäre eine Kleinigkeit, die ganze Sachlage mit einem Schlage zu ändern, wenn die Arbeiterschaft einmal geschlossen gegen eine solche Behandlung Front machen würde und einfach den Verkehr in diesen Lokalen einstellte. Die Herren Wirte schieben immer die 2 bis 3 Fabrikanten vor, diese würden ihre Wirtschaften nicht mehr besuchen; nun glauben wir aber, daß die Wirte von dem, was die Herren verzehren, nicht leben, sondern von dem, was die Arbeiter bringen. Es ist ja erwiesen, daß die Herren Fabrikanten, welche alle sich zur nationalliberalen Partei zählen, ihren ganzen Einfluß auf die Wirte geltend machen, uns die Lokale zu verweigern. Wir werden es uns aber merken, ihr Herren Liberalen. Es ist bald besser, in Zentrumshochburgen Lokale zu bekommen, als dorten, wo die Liberalen uneingeschränkt herrschen. Arbeiter Fahrnaus, erscheint in Massen in dieser Versammlung.

Genosse Hauth, dessen Festnahme wir berichtet haben, befindet sich in der Kaserne des Infanterie-Regiments zu Mannheim. Er ist eingekleidet worden.

Ueber die Rechtslage wird dem Vorwärts geschrieben: Wahrscheinlich erweist sich diese schneidige militärische Attacke als ein Schlag in die Luft, denn erstens kann jemand, der sich nicht unter der Fahne befindet, nicht wegen Fahnenflucht bestraft werden und zweitens wird es nicht gut gehen, den schon einmal Gestraften nun nach der Rückkehr noch einmal zu strafen.

Von anderer Seite wird aber darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn auch keine Fahnenflucht und keine erneute Bestrafung in Frage kommen kann, doch vielleicht bei der Militärbehörde die Absicht besteht, den Genossen Hauth zum Nachdienen zu zwingen. Die Verpflichtung hierzu bestreitet Genosse Hauth natürlich.

Ein Parteisekretariat in Straßburg i. E. Der sozialdemokratische Bezirksverein Straßburg beauftragte in seiner letzten Generalversammlung den Vorstand, die vorbereitenden Schritte zur Anstellung eines Parteisekretärs für Unterelsaß in die Wege zu leiten.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Nur 30 000 Mk. Schadenersatz verlangen die Mannheimer Innungs-Metzger von dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells, Genosse Nagel, aus Anlaß des Boykotts, den die Arbeiterschaft den Wortbruch-Meistern angedeihen läßt. Es beweist das nur, wie wirksam der Boykott ist. Die Klage ist dem Genossen Nagel bereits zugestellt, sie wird von dem Stadtrat Rechtsanwalt Dr. Alt vertreten.

Ueber die Wohnungsreform

sprach, wie wir gestern schon kurz berichteten, Herr D. Friedrich Naumann vor einer zahlreichen Zuhörerschaft, darunter viele Damen, im Eintrachtsaale. Naumann ist ein interessanter Redner, der stets sein Auditorium zu fesseln weiß. An und für sich ist das Problem der Wohnungsreform ein ziemlich trockenes. Naumann aber versteht es, auch die trockenste Materie so zu behandeln, daß man ihr Interesse abgewinnen muß.

Augenblicklich, so führte der Redner ungefähr aus, sind wir Deutsche das großstadtreichste Volk der Welt. Wir haben sogar England überflügelt. Die Großstädte der alttestamentlichen und urchristlichen Zeit bestanden aus aneinandergereihten kleinen Häuschen mit Gartenanlagen. Daher ihre große Ausdehnung. Erstmals fing man im alten Rom an, die Menschen wohnlich aufeinanderzuschichten. Durch die starke Bevölkerungsvermehrung wachsen die Großstädte immer mehr an und immer neue Gemeinwesen treten in die Reihe der Großstädte ein. Diese Zusammenhäufung der Menschen hat auf die Wohnungsverhältnisse großen Einfluß. Am besten lassen sich die Wohnungsverhältnisse der Großstädte beurteilen, ob die Ein-, Zwei- oder Dreizimmer-Wohnungen vorherrschend sind. In den östlichen Städten des Reiches herrsche die Einzimmerwohnung vor, sie betrage in Städten wie Königsberg über die Hälfte. Westlich der Elbe und in den süddeutschen Großstädten seien die Zweizimmerwohnungen vorherrschend. Auch Karlsruhe gehöre zu diesen Städten. Frankfurt a. M. scheint bis jetzt in Bezug auf die Wohnungsverhältnisse am weitesten fortgeschritten zu sein. Wenn Städte wie Karlsruhe und Frankfurt mit der Fortführung der Wohnungsreform warten wollten, bis Königsberg usw. auch so weit sind, so wäre das ein verkehrter Standpunkt. Einige müssen immer vorausmarschieren, wenn es im allgemeinen vorwärts gehen soll. Auch die Zweizimmerwohnung sei noch ein geringer Hintergrund für eine mehrköpfige Familie. Warum beschränken sich die meisten Leute mit solchen Wohnungen? Weil die Wohnungen zu teuer sind. Der Preis macht für die meisten das Aufsteigen von der Zwei- in die Dreizimmerwohnung unmöglich. Die rein kaufmännische Frage: „Sind die Wohnungen teuer?" besagt garnichts, solange man die Erwerbsverhältnisse nicht kennt. Für den, der genügend Geld hat, ist oft die teuerste Wohnung nicht teuer, während für den ungelernten Arbeiter die schlechteste Einzimmerwohnung teuer ist. Ein Arbeiter, der 3 Mk. pro Tag verdient und 210 Mk. Jahresmiete für eine Einzimmerwohnung bezahlt, muß 70 Tage, also über 2 Monate des Jahres arbeiten, nur um die Miete zu verdienen. So viel Arbeitszeit für die Wohnungsmiete wie heute, habe noch zu keiner Zeit aufgewendet werden müssen. Je mehr Menschen es werden, um so teurer werden die Wohnungen. Noch nie war die Belastung der Arbeitskraft durch die Wohnungsfrage so groß, wie heute. Hier setzt die Wohnungsfrage ein. Je mehr und je größer die Großstädte, um so größer die Belastung des Einkommens durch die Wohnungsmiete. Bisher habe man unter der sozialen Frage in der Hauptsache nur den ersten Teil derselben, die Lohnfrage, Arbeitsbedingungen usw., kurz die Art der Einnahmen verstanden.

Der zweite Teil der sozialen Frage, die Ausgaben für den Lebensunterhalt, sei nicht minder wichtig. Unter den Ausgaben steht an erster Stelle die Wohnungsmiete. Wer die Miete nicht zahlt, hat kein zu Hause mehr. Daher die Versuche zur Reform unseres Wohnungswesens. Der Frankfurter Wohnungskongreß habe, obwohl zunächst schlecht zensiert, doch den Anstoß zu einer intensiveren Bewegung auf diesem so wichtigen Gebiete gegeben. Jedenfalls habe er darüber volle Klarheit gebracht, daß mit den Hausbesitzern eine Wohnungsreform nicht durchzuführen ist. Ob der Staat oder die Städte die Führung in der Wohnungsreform zu übernehmen haben, hänge von den Verhältnissen ab. Schablonenmäßig ließe sich diese Frage jedenfalls nicht beantworten.

Redner schildert hierauf mit interessanten Beispielen die immensen Schwierigkeiten, die sich der praktischen Durchführung einer Wohnungsreform in den Weg stellen. Die Vorschrift des Mindestraums sei für die Gefängnisse durchgeführt, auch für die unter Obhut der städtischen Armenpflege Stehenden lasse sich diese Vorschrift durchführen. Aber darüber hinaus seien die Versuche bisher gescheitert. Die Armengelder der Städte seien in der Praxis schon lange Mietgelder. Sobald die Wohnungen im Preise steigen, wachsen die Armenlasten, ohne daß die Armen mehr bekämen. Die Städte haben also an der Wohnungsfrage ein eminent großes Interesse. Die städtische Naturalfürsorge in Form von Wohnungen hat sehr viel für sich und gewinnt wachsende Bedeutung. Von hier aus ließe sich das Wohnungswesen von seinem untersten, kranksten Punkt aus sanieren. Das kostet Geld, aber ohne Geld gibts keine Sozialreform. Die Kanalisationen haben auch viel Geld gekostet, es hat sich aber volkswirtschaftlich rentiert. Durch die Wohnungsreform können eine Menge, die Moral und Gesundheit schädigender Bazillen getötet werden.

Treffend schildert Redner die Wohlfahrtseinrichtungen, insbesondere die Kruppscher Art. Die „schönen Häuschen" seien praktisch für den Arbeiter oft nichts anderes, als vernickelte Handschellen. In schönen Worten besprach Naumann hierauf das Ansiedlungswesen und die Dezentralisation der Industrie. Die menschliche Ansiedelung dürfe man bei einem Volk, das so wachse wie das deutsche, nicht dem Zufall oder dem Drange des Vorhandenen überlassen. Wie viele Menschen könnten besser, gesunder und glücklicher wohnen und leben, wenn die Industrie dezentralisiert würde. Der springende Punkt bei alledem ist die Bodenfrage. Je mehr Menschen uns zuwachsen, um so teurer wird der Grund und Boden. Die Mietssteigerungen wachsen mit der Bevölkerungszunahme. Um diese Preissteigerung des Bodens wenigstens zum Teil wieder der Allgemeinheit zukommen zu lassen, empfehle sich die Einführung der Wertzuwachssteuer. Redner bespricht kurz die Forderungen der Bodenreformer und schließt dann damit, daß er die Anwesenden auffordert, zu ihrem Teil an der Wohnungsreform mitzuarbeiten. Der Zentralpunkt für das Bestreben auf diesem Gebiete sei der Verein für Wohnungsreform, mit dem Sitze in Frankfurt, dem beizutreten der Redner ersucht. (Großer Beifall.)

Eine Diskussion fand nicht statt. Einstimmig fand die folgende Resolution Annahme:

„Die am 22. November im Eintrachtsaale in Karlsruhe tagende öffentliche Versammlung, einberufen vom „Deutschen Verein für Wohnungsreform", erklärt eine durchgreifende, großzügige Wohnungs- und Ansiedlungsreform für eine unaufschiebbare, nationale Notwendigkeit und begrüßt die von der 1. Deutschen Wohnungskonferenz in Frankfurt a. M. im März 1906 angenommenen „Grundlinien der Wohnungsreform" als eine geeignete programmatische Zusammenfassung des Notwendigen. Sie fordert deshalb Reich, Staat und Gemeinden, sowie auch die Kräfte und Organisationen der Selbsthilfe zu baldiger Verwirklichung des genannten Programms auf und erwartet insbesondere von den Parlamenten ein tatkräftiges Vorgehen in dieser Richtung."

Deutscher Reichstag.

(124. Sitzung.)

* **Berlin,** 23. November 1906.

Am Bundesratstische Staatssekretär Posadowsky.

Graf Ballestrem eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Das Haus ist mäßig besetzt.

Die zweite Beratung des Entwurfes über das Urheberrecht an Werken der bildenden Kunst und der Photographie geht weiter bei § 28, der vom Verbrecher-Album und Steckbrief handelt. Die Regierungsvorlage gibt die Vervielfältigung und Veröffentlichung von Bildnissen durch die Behörden für amtliche Zwecke frei. Die Kommission hat den unbestimmten Begriff „amtliche Zwecke" bestimmter begrenzt durch die Fassung „für Zwecke der Rechtspflege und öffentlichen Sicherheit" und außerdem das Erfordernis der richterlichen Anordnung eingefügt.

Abg. Henning (kons.) beantragt, das Erfordernis der richterlichen Anordnung zu streichen. Die Sozialdemokraten im Gegenteil wollen diese Bestimmung noch verschärfen durch Einführung des Wortes „nur". Die Sozialdemokraten bringen weiter ihren Antrag aus der Kommission wieder ein, wonach die Befugnis der Behörde nicht gelten soll bei politischen und Streikvergehen sowie für kriminelle Lappalien. Die Regierung hat in der Kommission erklärt, daß die Annahme dieses Antrages das ganze Gesetz zum Scheitern bringen werde. Die Kommission hat sich daher auf eine Resolution beschränkt.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (frs. Vp.) stellt fest, daß in der Kommission die Vertreter sämtlicher politischer Parteien die Portraitierung wegen politischer Vergehen für einen Mißbrauch erklärt haben.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Es ist notwendig, daß der Polizeigewalt schärfste Schranken gezogen werden, denn sonst kommen gegenüber Angehörigen von Parteien, die der Regierung nicht genehm sind, die größten Chikanen vor. Jede Partei muß ein Interesse daran haben, daß die polizeiliche Willkür nicht überhand nimmt. Unsere Parteiangehörigen haben schon sehr darunter zu leiden. So ist es vor kurzem vorgekommen, daß ein Arbeiter wegen des Verdachts, ein Flugblatt verbreitet zu haben, auf die Polizei gebracht und dort photographiert wurde. Auch der Prozeß, der jetzt gegen Frl. Anita Augspurg im Hamburg stattfindet, hat ergeben, daß die Polizei es als ihr Recht betrachtet, jeden zu photographieren, der ihr irgend wie unliebsam auffällt. Aber nicht nur die politischen Parteien, sondern die Arbeiter im allgemeinen haben ein Interesse daran, daß der polizeilichen Willkür Schranken gezogen werden. So ist es vor einigen Jahren vorgekommen, daß in Hamburg streikende Arbeiter zwangsweise photographiert wurden, weil die Polizei sie angeblich im Verdacht der Nötigung hatte. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung wollte in ihrer ursprünglichen Vorlage der polizeilichen Willkür Tür und Tor öffnen. Die Kommission hat den Standpunkt der Regierung verlassen, aber mit dem Kommissionsbeschluß werden der Polizei noch nicht genügende Schranken gezogen. Das soll durch unseren Antrag geschehen und ich bitte, ihn anzunehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Porzig (kons.) erklärt die Annahme des Antrages Henning als Voraussetzung für die Zustimmung eines Teiles seiner Freunde zum ganzen Gesetz.

Abg. Itschert (Zentr.) stimmt in erster Reihe dem Antrage Henning zu im Falle der Ablehnung der Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Stadthagen (Soz.) behauptet, daß die Richter jetzt schon den Anordnungen der Verwaltungsbehörde Folge leisten. Die Ausführungen des Vorredners stehen in schroffem Gegensatz zu den Ansichten der alten Zentrumsmänner wie Windthorst. Zurzeit gibt es kein Mittel, sich gegen das Photographiertwerden zu wehren. Auf das Reichsgericht ist kein Verlaß. Den einzigen Schutz gegen Mißbräuche der Polizei bietet die Annahme des sozialdemokratischen Antrages.

Abg. Kirsch (Zentr.) fragt, weshalb man sich so gegen das Photographieren und nicht gegen die Verhaftung sträube?

Staatssekretär Graf Posadowsky legt Verwahrung ein gegen eine Verunglimpfung des Reichsgerichts, die der Abgeordnete Stadthagen sich erlaubte. Das Photographieren von Leuten, die eines Vergehens oder Verbrechens verdächtig sind, ist in allen Kulturländern Polizeipraxis und zulässig. Das Erfordernis der richterlichen Anordnung würde den Sicherheitsdienst erschweren. Es handle sich doch in der Hauptsache um Präventiv-Maßregeln. Ich habe zu erklären, daß die Kommissions-Fassung die Zustimmung der verbündeten Regierungen wahrscheinlich nicht findet.

Abg. Dowe (frs. Vg.) bittet die Sozialdemokraten, bei der dritten Lesung ihren Antrag präziser zu fassen. Politische und Streikvergehen seien zu unbestimmte Begriffe.

Abg. Dr. Bärwinkel (natl.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zum Antrage der Konservativen und nimmt Bezug auf das Portrait des Hauptmannes von Köpenick, das seine rasche Ergreifung ermöglichte.

Bei sehr stark besetztem Hause werden gegen Freisinnige, Sozialdemokraten und Polen die Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt und mit großer Mehrheit der Antrag der Konservativen angenommen. Das Erfordernis der richterlichen Anordnung ist also aus der Kommissionsvorlage beseitigt. Die Resolution wird gegen die Rechte angenommen.

Bei § 31, der die strafrechtlichen Folgen regelt, hatte die Kommission in der ersten Lesung zur Voraussetzung der strafbaren Handlung gemacht, daß die Verletzung des Urheberrechts nicht nur vorsätzlich, sondern auch wider besseres Wissen erfolgt sein muß. Auf Grund einer Erklärung des Regierungsvertreters, wonach für die graphischen Anstalten unverdächtigen Personen gegenüber eine Erkundigungspflicht nicht besteht, hat die Kommission in zweiter Lesung diese Bestimmung wieder gestrichen.

Geheimrat Dr. Dango wiederholt diese Erklärung auch in der Plenarberatung.

Bei § 45 äußert Dr. Müller-Meiningen (frs. Vp.) im Auftrage der Interessenten der graphischen Industrie den Wunsch, daß bei Zusammensetzung der Sachverständigen-Kammern das graphische Gewerbe und die Kunst-Industrie besser zu berücksichtigen, als dies bisher der Fall war.

Die weiteren Paragraphen rufen eine Erörterung nicht mehr hervor. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1907 in Kraft. Die Kommission beantragt weiter eine Resolution, in der der Reichskanzler ersucht wird, bei der demnächst in Deutschland stattfindenden internationalen Urheber-Konferenz ein gemeinsames Vorgehen aller dem Berner Verbande angehörenden Staaten zur Beseitigung der Härten der Urheber-Gesetzgebung der Vereinigten Staaten anzuregen.

Die Resolution wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Petitionen, die dazu dem Gesetzentwurf vorliegen, werden für erledigt erklärt.

Es beginnt sodann die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die gewerblichen Berufsvereine.

Abg. Trimborn (Zentr.): Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein ernster und wichtiger. Redner beantragt, ihn einer Kommission von 21 Mitgliedern zur Prüfung zu überweisen. Der Redner gibt einen historischen Rückblick auf die Entwickelung der Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Auch seine Partei habe große Bedenken gegen den Entwurf, aber zu einer schroffen Ablehnung ohne Kommissionsberatung, wie dies die Generalkommission der Gewerkschaften verlangt, liege keine Veranlassung vor. Die Vorlage bringe eine Verbesserung auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes. Es sei der erste Ausblick auf den Weg, der zu einem einheitlichen Reichs-Vereins- und Versammlungsrecht führen dürfte. Das sozialistische Recht der Frauen und Minderjähriger wird erweitert. Aber wir haben den Eindruck, daß der Geist der Aengstlichkeit und der bureaukratischen Engherzigkeit wieder über diesem Gesetz gewaltet hat, dieser Geist, der uns nicht zu einer großzügigen Regelung des Koalitions-

---

Tag abgezogen erhalten, das wissen die Götter und die „Sozialpolitiker" in der Großh. bad. Generaldirektion. Wo kommt so etwas im Privatbetrieb vor. Beim Staat nennt man das „sparen". Ob man mit solchen Hungerlöhnen leben kann oder nicht, was kümmert das die Heren in der badischen Eisenbahnverwaltung, die „sparen" müssen. Noch nicht einmal mit 2,70 Mk. kann man heute halbwegs menschenwürdig leben. Was bekommt man denn für 1,70 Mk. im Tag? Junge Männer von 17 Jahren haben einen guten Appetit. Wir wollen gering rechnen: für Kaffee 20 Pf., Frühstück 25 Pf., Mittagbrot 50 Pf., Abendbrot 40 Pf., Logis 30 Pf., das macht pro Tag 1,65 Mk. Wo bleibt dann das Geld für Kleider, Schuhe usw. Von allem anderen gar nicht zu reden. Ein solcher Lohn reicht nicht einmal aus, um sich satt essen zu können. Der Staat sollte sich schämen, solche Löhne zu bezahlen, zumal wenn die jungen Arbeiter sehr anstrengende Arbeit verrichten müssen.

Der Klerikalismus in den badischen Mittelschulen.

Daß das Zentrum in Baden vorerst sich mit der Simultanschule abgefunden hat, ist an und für sich schon sehr verdächtig. Denn eine Simultanschule, mit welcher das Zentrum seinen, wenn auch nur scheinbaren Frieden schließt, ist darnach. Das zeigt sich im badischen Schulwesen je länger, desto deutlicher. Nach und nach hat sich der Klerikalismus in unser Schulwesen eingenistet, angefangen bei den Kinder-, Koch- und Strickschulen bis hinauf zu den Mittelschulen.

In einem interessanten „Eingesandt" der Badischen Landeszeitung bekommen wir einen Einblick in die Zustände, die sich in einzelnen staatlichen Mittelschulen bereits herausgebildet haben. Entgegen den Staatsgesetzen, wonach die Ausübung eines Zwanges hinsichtlich der Erfüllung „religiöser Pflichten" unstatthaft ist, nimmt sich der geistliche Konviktsvorstand am Rastatter Gymnasium das Recht heraus, die Schüler zu Prozessionen, zum Besuche des Sonntags- und Mittwochsgottesdienstes, zur Ablegung der Beichte und zur Teilnahme an der Vesper zu zwingen. Ja, es scheint, als hänge die Güte des Zeugnisses von dem Umfange der Erfüllung „religiöser Pflichten" ab. In Rastatt ist es vorgekommen, daß ein Vater — was er doch nicht nötig hatte — für seinen Sohn um Dispens von der Vesper am Sonntag Nachmittag nachsuchte, ihn aber weder von der Direktion noch von dem Konviktsvorstand als dem Religionslehrer bewilligt erhielt.

Im Rastatter Gymnasium weht nicht der Geist einer staatlichen interkonfessionellen Mittelschule, sondern der einer Klosterschule. Ist es da ein Wunder, wenn der Ultramontanismus in den Kreisen des unteren und mittleren Beamtentums immer mehr überhand nimmt. Der Ultramontanismus erzieht sich seine Zöglinge und späteren Agitatoren in der staatlichen sogenannten Simultanschule.

Wer kein oder nicht genügend Geld für die Schule hat, arbeitet dem Klerikalismus in die Hände. Das zeigt sich auch hier wieder.

Deutsche Politik.

Bei den Frankfurter Stadtverordnetenwahlen, die am Donnerstag stattfanden, wurden 8 Demokraten, 4 Freisinnige, 2 Nationalliberale und 1 Sozialdemokrat, Genosse Dr. Quarck, gewählt. Es haben 10 Stichwahlen stattzufinden, bei welchen unsere Partei fünfmal beteiligt ist und zwar zweimal mit den liberalen und dreimal mit den reaktionären Mittelständlern. Die letzteren drei Stichwahlen sind für unsere Partei aussichtsvoll. Wir haben über 2100 Stimmen Zuwachs. Ein Bravo den Frankfurter Genossen.

Trockene Annexion.

Zu der Regentschaftsfrage meldet die Braunschweigische Landeszeitung, daß Pläne bestehen und Unterhandlungen gepflogen worden sind, die den zweiten Sohn Wilhelms II., Eitel Friedrich, auf diesen gut besoldeten und bequemen Posten bringen sollen. Wenn es auch unendlich belanglos ist, wie das Firmenschild dieser Regentschaft aussieht, so käme ihre Besetzung durch einen Sohn Wilhelms II. doch einer trockenen Annexion des Ländchens durch Preußen gleich, nachdem vor 40 Jahren angrenzende Gebiete auf dem Wege einer blutigen Annexion preußisch geworden sind.

Ausland.

Frankreich.

Die Kircheninventuren werden jetzt in ganz Frankreich vorgenommen. In den Departements Lozere und Puy-de-Dome hat die Regierung umfassende militärische Maßnahmen getroffen. Die Soldaten werden, wie Eclair meldet, mit Melinitkapseln und Werkzeugen ausgerüstet, um die Kirchentüren, falls sie verrammelt sein sollten, sprengen zu können. Nach dem Bezirke Rochefort, wo man auf besonders lebhaften Widerstand gefaßt ist, sind drei Sonderzüge mit starken Abteilungen Gendarmerie, Reiterei und Fußtruppen abgegangen.

Der Kriegsminister verständigte die Korpskommandeure bezüglich der Inventuraufnahme, daß das Recht der Zivilbehörden, Truppen zu requirieren, sobald das

---

Hoftheater.

Oskar Wildes: Ein idealer Gatte ging gestern Abend erstmals hier in Szene. Das Publikum war sehr zahlreich erschienen und nahm die Aufführung mit lebhaftem Beifall entgegen. Das Stück, auf dessen Inhalt und Vorstellung wir noch zurückkommen, behandelt ein Stück Londoner Gesellschaftsleben. Die Persiflage paßt aber ebensogut auf die Gesellschaftskreise anderer Länder und Städte.

*

* **Spielplan des großherzoglichen Hoftheaters.** Samstag, 24. Nov. Statt Die Sonnenprinzeß: **Minna von Barnhelm** oder **Das Soldatenglück,** Lustspiel in 5 Akten von Lessing. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Sonntag, 25. Nov., bleibt das Hoftheater wegen des Bußtages geschlossen.

Montag, 26. Nov. **Der Freischütz,** romantische Oper in 3 Akten von Friedrich Kind. Musik von Carl Maria v. Weber. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Dienstag, 27. Nov. **Die Condottieri,** Schauspiel in 4 Akten von Rudolf Herzog. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Donnerstag, 29. Nov. **Ein idealer Gatte,** in 4 Akten von Oskar Wilde, ins Deutsche übertragen von J. L. Pavia und H. Frhr. v. Teschenberg. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Freitag, 30. Nov. **Der Bajazzo,** Drama in 2 Akten — **Sonne und Erde,** Ballett in 2 Abteilungen und 5 Bildern. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Samstag, 1. Dez. **Stein unter Steinen,** Schauspiel in 4 Akten. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Sonntag, 2. Dez. **Wilhelm Tell,** Schauspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang halb 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Montag, 3. Dez. **Bruder Lustig,** in 3 Akten von Siegfried Wagner. Anfang 7 Uhr.

In Baden:

Mittwoch, 28. Nov. **Durchs Ohr,** Lustspiel in 3 Akten von Jordan. — **In Zivil,** Schwank in 1 Akt von Gustav Kadelburg. Anfang halb 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

...rfolgtes kommen läßt. Wir wollen in der Kommission ...ein Gesetz machen in sozialem Geiste, recht im Geiste der ...ten kaiserlichen sozialen Botschaft.

Abg. Legien (Soz.): Der Vorredner sagte, er hätte ...sich bei den christlichen Gewerkschaften über die Gesetzesvorlage erkundigt. Warum hat aber die Fraktion den Vorsitzenden dieser Gewerkschaften, den Abg. Giesberts nicht reden lassen? (Zurufe im Zentrum: Abgeordneter, kommt noch.) Ich bin überzeugt, daß ein Gewerkschaftsvertreter nicht so reden kann, wie der Vorredner. Die Zentrumspartei kann nicht anders, weil sie eben Regierungspartei ist. Ein Regierungsvertreter konnte nicht besser für die Vorlage sprechen, als der Vorredner. In der Vorlage kommt derselbe Geist zum Ausdruck, der aus der Zuchthausvorlage geweht hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorteile der Vorlage verschwinden gegenüber den ungeheuren Nachteilen derselben. Wir haben niemals die Forderung nach der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gestellt und standen dieser Forderung bisher sehr kühl gegenüber, weil wir nichts Gutes von der Regierung erwarteten; wir wußten, daß eine derartige Vorlage kommen würde. Wir haben nicht das Vertrauen zu der Regierung, daß sie uns eine Vorlage zugunsten der Arbeiterschaft bringen würde. Alles, was auf diesem Gebiete geschieht, richtet sich gegen die Arbeiterschaft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir bewundern nur die Regierung, daß sie den Mut hatte, in der gegenwärtigen Zeit, wo alle Bestrebungen darauf ausgehen, die polizeiliche Reglementierung auszuschalten und ein gewisses Selbstbestimmungsrecht zu schaffen, uns einen derartigen Entwurf vorzulegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit diesem Gesetzentwurf stellt sich die Regierung dem Geschwätz der ganzen zivilisierten Welt aus, genau wie bei der Umsturz- und Zuchthausvorlage. Sie scheint wieder einmal dem Zentrum nachgegeben zu haben. Der Gesetzentwurf müßte eigentlich heißen: Gesetzentwurf betr. die Beseitigung der Lebensfähigkeit der Berufsvereine. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

So wie der Gesetzentwurf vorliegt, muß er für alle unannehmbar sein, die es ernst damit meinen, die Arbeiterschaft zu heben. Den Eisenbahnern, den Arbeitern in den Zentralwerkstätten und den Seeleuten wird durch diesen Gesetzentwurf das Koalitionsrecht abgesprochen. Die Zustände, in denen die Landarbeiter sich jetzt befinden, sollen also verewigt werden. Bezüglich des einzelstaatlichen Vereins- und Versammlungsrechtes sagte vor einiger Zeit Graf Posadowsky, daß die Rechtslehrer sich nicht einig seien, ob die Bundesstaaten trotz Reichsbestimmungen neue Bestimmungen festsetzen können. Jetzt heißt es in der Begründung, daß die Bundesstaaten dieses Recht haben. Ich kann Ihnen sagen, wenn das Maß der Mißhandlung bei den Eisenbahnern voll sein wird, dann wird es überlaufen, gerade wie bei den Bergarbeitern, ob Sie nun ein solches Gesetz machen oder nicht. Man kann im Gegenteil sagen: einem Eisenbahnerstreik kann am besten dadurch vorgebeugt werden, daß man den Eisenbahnern das Koalitionsrecht und damit die Möglichkeit gibt, auf geordnetem Wege für eine Verbesserung eintreten zu können. Dabei gehören die Eisenbahner alle schon dem Metallarbeiterverbande an, aber die Verfasser dieses Entwurfes scheinen keine Ahnung von den sozialen Verhältnissen und den Organisationen der Arbeiter zu haben.

Auch den Landarbeitern wird durch die Vorlage das Koalitionsrecht entzogen. Bei den Wahlen haben Sie (zum Zentrum) den Landarbeitern versprochen, Sie wollten dafür eintreten, daß ihnen das Koalitionsrecht gewährt werde. Herr Trimborn hat kein Wort darüber gesagt. (Zuruf des Abg. Trimborn: Wird schon bei anderer Gelegenheit gründlich besprochen werden!) Das wollen wir abwarten. In andern Staaten, z. B. Italien, haben die landwirtschaftlichen Arbeiter schon längst das Koalitionsrecht, bei uns will man es ihnen vor, und zum Hohn und Spott kommt die Vorlage in ihrer Begründung noch hinzu, es heißt ja auch gar nicht die ländlichen Arbeiter selbst, die das Koalitionsrecht verlangten, sondern ganz andere Leute. Mir kommt das gerade so vor, als ob ein Räuber einen ausplündert, ihm den Mund verbindet und hinterdrein noch höhnt, der Mann verlangte sein Geld ja gar nicht zurück. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie lange soll denn die ostelbische Herrschaft noch dauern! (Lebhafter Beifall). Wie weit es denn, daß die ostelbischen Arbeiter auf einer derartigen Kulturstufe stehen? (Wiederspruch rechts.) Sie (nach rechts) ihnen die allerwichtigsten Menschenrechte vorenthalten (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und das vornehmste Menschenrecht, das Koalitionsrecht.

Schon aus allen diesen Gründen, die allerdings nicht in der Vorlage, sondern in der Begründung stehen, muß die Vorlage für jeden unannehmbar sein, dem es ist mit den Interessen der Arbeiter. Aber auch was in der Vorlage steht, ist in keiner Weise annehmbar. Statt mit dem reaktionären Krempel der gesetzlichen Vereinsrechte aufzuräumen, will man Entscheidung darüber, daß Frauen politischen und politischen Vereinen angehören dürfen, der Polizeiverlassen, unserer lieben Polizei. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Und nun stellt sich der Vertreter des Zentrums hin und sagt, die Vorlage bringe eine Erweiterung des Koalitionsrechts.

Und jetzt konnte man von dem Amtsgericht eine Abschrift des Mitgliederverzeichnisses bekommen. Nach dem Entwurf soll der Vorstand des Vereins eine beglaubigte Abschrift geben, und das nennen Sie, Herr Trimborn, auch Fortschritt. Die Erlangung der solchen Person hat ja für unsere Gewerkschaften keine Vorteile, aber wir haben uns mit dem gegenwärtigen Zustand abgefunden. Bei unseren Arbeiterorganisationen besteht eben Treu und Glauben, weil die Mitglieder sich ihrer Pflicht bewußt sind. Unsere Organisationen haben Sie nicht durch die Zuchthausvorlage beseitigen können, und Sie werden sie auch nicht durch dieses Gesetz erschüttern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Der Entwurf kommt zur fünfundzwanzigjährigen Feier der kaiserlichen Botschaft. Eine Ohrfeige für das Zentrum.

Die Vorlage isoliert die Gewerkschaften, beschränkt sie den Kreis ihrer Mitglieder, sie dürfen andere Organisationen nicht unterstützen, sie dürfen keine höheren Beiträge erheben, um sich für einen bevorstehenden Kampf zu rüsten. Kurz und gut, sie werden wehrlos den übrigen Arbeitgeberorganisationen preisgegeben. Wer es gut meint mit den Arbeitern und ihren Organisationen, muß schon deshalb diese Vorlage ablehnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wurde die Sitzung abgebrochen.
Fortsetzung morgen.

Gemeindezeitung.

Konstanz, 22. Nov. Bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen wurde mit den Nationalliberalen und Demokraten eine Einigung dahingehend erzielt, daß auf einer gemeinschaftliche Liste (Nationalliberale, Demokraten, Demokraten und Zentrum) 5 sozialdemokratische Namen mit aufgenommen werden, so daß wir in Zukunft 8 statt bisher 4 Sitze auf dem Rathaus einnehmen. Wir bitten unsere Genossen, vollzählig zur Urne zu gehen und den vorgeschlagenen Zettel unverändert abzugeben.

Badische Chronik.

Pforzheim.

28. November.

— Eine große öffentliche Versammlung findet am nächsten Montag, abends halb 6 Uhr, im städtischen Saalbau statt. In der von der Geschäftsleitung des Metallarbeiter-Verbandes ausgehenden Einladung heißt es: Ihr Einwohner von Pforzheim und Umgegend! Kollegen und Kolleginnen aus der Haupt-Industrie! Ihr geht einer schweren, kampfereichen Zeit entgegen, wenn diese wenig friedfertige Stimmung unter den Mitgliedern des hiesigen Arbeitgeberverbandes zunimmt. Aber nicht auf die Arbeiterschaft und ihre Organisationen fällt die Verantwortung für den Streit und den Unfrieden, nein! Die Verantwortung haben diejenigen zu tragen, deren Handlungen dazu führen, daß kein dauernder Friede bestehen soll.

— Vinzenz und Friedrich Enghofer sind an Kohlenoxydvergiftung gestorben, sodaß ein Unglücksfall nicht ausgeschlossen ist.

Rastatt, 23. Nov. Ein schreckliches Unglück ereignete sich heute Mittag in der Metallwarenfabrik von Maier und Grammelsbacher. Der 39 Jahre alte ledige Buchhalter H. Streh, ein äußerst beliebter und gewissenhafter Mensch, wollte im Keller etwas nachsehen. Dabei erfolgte eine wohl für immer unaufgeklärte Explosion von dort lagerndem Spiritus. Streh war es nicht mehr möglich, den Ausgang zu gewinnen, er stand wahrscheinlich gleich in Flammen. Das sofort herbeieilende Fabrikpersonal versuchte vergebens, Rettung zu bringen; es mußte den laut um Hilfe rufenden Unglücklichen seinem schrecklichen Schicksal überlassen. Nach einiger Zeit war es erst möglich, den teilweise angebrannten Leichnam ans Tageslicht zu bringen. Der in der Ferne weilenden Mutter wendet sich größte Teilnahme zu.

△ **Waldshut**, 23. Nov. Der Hauptmann von Köpenick macht Schule. Auch hier hat es einer oder mehrere versucht, die Stadtbehörde zum besten zu halten und zwar mit Erfolg. Auf dem Rathause wurde eine Anzahl (ca. 10) Schlüssel gestohlen und nun wird einer nach dem andern unfrankiert wieder an das Bürgermeisteramt zurückgeschickt. Die Schlüssel scheinen demnach auf dem hiesigen Rathause nicht gar zu gut verwohrt zu sein. In einem Gedicht an die Gendarmerie, das unterzeichnet ist: Nicht der Hauptmann von Köpenick, ist niedergelegt, daß der Schlüsseldiebstahl nur ein Witz sei. In einem weiteren Schreiben, das von derselben Hand herrühren soll, wird angezeigt, daß es in der Nacht vom 22. zum 23. November in der Waldschloßbrauerei brennen werde. Die Nacht ist vorbei, aber außer dem elektr. Licht hat nichts gebrannt. Wir glauben aber, daß bei einer event. Entdeckung den Witzbolden ihre Streiche recht teuer zu stehen kommen könnten.

* **Konstanz**, 23. Nov. Güterbestätter Höfel ist nicht auf freien Fuß gesetzt, sondern befindet sich, wie der Konst. Ztg. mitgeteilt wird, noch in Haft.

* **Mannheim**, 23. Nov. In der chemischen Fabrik Lindenhof, C. Weyl u. Co., ereignete sich heute Vormittag halb 10 Uhr eine heftige Detonation. Das 5½ Meter hohe Schwungrad einer großen Dampfmaschine war geborsten. Die Teile wurden zum Dach hinausgeschleudert. Ein 5 Zentner schweres Stück flog 200 Meter weit in die Stephanienpromenade. Ein 60 Pfund schwerer Teil einer Speiche nahm seinen Weg über die Naphthalinfabrik in den Fabrikhof und traf den Chemiker Dr. Noerr, welcher sich auf dem Wege zum Laboratorium befand. Dem Unglücklichen wurde der Kopf vom Rumpfe gerissen. Dr. Noerr ist 33 Jahre alt und hinterläßt Frau und ein Kind. Die Dampfmaschine sowie die von ihr getriebene Dynamomaschine sind vollständig demoliert.

* **Boxberg**, 23. Nov. Auch in unserem Bezirke machen die Bestrebungen zur Bekämpfung der Tuberkulose Fortschritte. In den einzelnen Orten sollen Ausschüsse gegründet werden, dessen Vorsitzende den Bezirksausschuß bilden. An der Spitze dieses Ausschusses steht der großh. Bezirksarzt. Jährlich sollen mehrere Vorträge gehalten werden.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 24. November.

Wie die unparteiische Presse das Volk „füttert".

Das Blättchen: Der praktische Wegweiser für jede Familie, das leider auch in manchem Arbeiterhaushalt zu finden ist, gibt den Arbeiterfrauen gute Lehren, wie man mit wenig Geld herrlich und in Freuden leben könne, wenn man nur nach dem folgenden Plan verfahre:

Wirtschaftsplan

für eine aus vier Köpfen bestehende Arbeiterfamilie in einer Großstadt für ein Jahr.

Einnahme:

4 Mark durchschnittlicher Tagesverdienst (das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet)		1200.— Mk.

Ausgaben:

a) Für Wohnung	200.— Mk.	
Für Feuerung	50.— „	
Steuern	20.— „	
Schulgeld	50.— „	
Kranken- und Invaliden-Versicherung	40.— „	
Lebens- und Feuer-Versicherung	20.— „	
Summa	315.— Mk.	
b) Für Nahrung, täglich 1.80 Mk., jährlich	657.— „	
Für Kleidung u. Wäsche	150.— „	
Verschiedenes	40.— „	1200.— Mk.
Bleibt		—.—

Hierbei wird bemerkt, daß sich von den unter a) bezeichneten Ausgaben nichts erübrigen läßt, während an den Ausgaben unter b) sich eventuell noch etwas für Geschenke, Vergnügungen und dergleichen herausbringen läßt. Nun geht es an die Einteilung und hier wird empfohlen:

Die Frau erhält wöchentlich 12.60 Mk. Haushaltungsgeld, alles übrige Geld soll gut aufbewahrt (!) werden. Besonderes Augenmerk müsse darauf gerichtet werden, daß in einem Vierteljahr nicht mehr als der vierte Teil der zur Verfügung stehenden Mittel zur Anschaffung von Kleidern usw. verausgabt werden.

Damit aber auch die Hausfrau in der Verwendung des Wirtschaftsgeldes nicht über die Schnur haut, muß sie sich eine Berechnung zugrunde legen und zwar nach diesem Schema:

Wirtschaftsgeld, tägl. 1.80 Mk., wöchentl.		12.60 Mk.
Davon wird in einer Woche gebraucht für alltägliche Bedürfnisse, als		
Brot	2.70 Mk.	
Butter	3.40 „	
Brötchen	1.— „	
Milch	1.— „	8.10 „
Bleiben		4.50 Mk.

Dieser Rest wird auf Mittags- und Abendkost wie folgt verteilt:

Für die sechs Wochentage durchschnittlich je 60 Pf.	3.60 Mk.
Für den Sonntag	0.90 „
Summa	4.50 Mk.

Die Arbeiterfrauen werden mit Entrüstung die Zumutung dieses praktischen Wegweisers aufnehmen, da sie wissen, daß sie mit der Summe einfach nicht auskommen können. Dem Volke glaubt man eben alles bieten zu können.

Wir stellen diesem famosen Plan eine Rechnung gegenüber, die ein Abonnent unseres Blattes aufgestellt hat. Er schreibt: Wie mache ich es, um mit acht Kindern bei 3 Mk. Tagesverdienst noch ein Ehrenmann zu bleiben? Da heißt es nun vorerst: Auf den Fleischgenuß gänzlich zu verzichten. Von Fleischnot lese ich eigentlich bloß noch in den Zeitungen. In der Frühe gibt es bei uns zunächst anstatt Kaffee Haferbrei. Zum Mittagstisch haben wir gewöhnlich Suppe und Kartoffeln mit weißem Käse, sogen. Bibeleskäs. Dann und wann gibts auch Gemüse, und Sonntags gekochtes Obst mit Gries- oder Reisbrei. In der Zwischenzeit werden die Mägen mit Kommisbrot befriedigt, welches auch als Abendessen herhalten muß, wenn vom Mittag sonst nichts mehr übrig ist. Unsere Hauptnahrung besteht also aus Haferbrei, Kartoffeln, Bibeleskäs und Kommisbrot. Leider ist es aber den Soldaten verboten, Brot zu verkaufen; sie veräußern es zwar doch, indem sie es heimlich an Kaufleute abgeben, welche wieder Geschäfte damit machen; aber trotzdem ist es noch billiger als gewöhnliches Brot und sättigt besser. Gottlob daher, daß wir noch Militär im Lande haben.

Bei der nun beschriebenen Kost ist es möglich, das Leben einer großen Familie so leidlich durchzubringen. Von Krankheiten und sonstigen Unglücksfällen muß man natürlich verschont bleiben. —

Wir glauben, diesen beiden Wirtschaftsplänen nichts hinzufügen zu müssen; sie sprechen für sich selbst. Bedauerlich ist es nur, daß sich noch Arbeiter und deren Frauen finden, die sich von dieser Art Presse verhöhnen lassen und den seichten Inhalt, der nur auf Verdummung der Massen berechnet ist, mitsamt den schauerlichen Hintertreppenromanen geradezu verschlingen. Alberne Ratschläge, die nichts weniger wie originell sind, blödsinnige Abhandlungen über alles mögliche, Koch- und andere Rezepte, bilden den Inhalt dieser geistigen Lektüre, dessen Besitzer dank der Dummheit der Masse, die das Zeug abonnieren und lesen, alle Jahre Millionen als Gewinn aus dem lukrativen Unternehmen einstecken.

Hinaus aus den Arbeiterwohnungen deshalb mit einem Erzeugnis, das unter dem Scheine der Unparteilichkeit nur die Geschäfte der besitzenden Klasse besorgt. Hinaus aus den Arbeiterwohnungen mit diesem „Familienblatt", wie auch mit den anderen Blättern und Blättchen, die die Ausbeutung und das Elend der Arbeiterschaft mit neutralem Mantel bedecken wollen; an Stelle dieser Druckerzeugnisse muß die Arbeiterpresse, muß der Volksfreund treten!

Gewerbegerichtswahlen.

Die Wähler werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerlisten nur noch bis zum Mittwoch, 28. ds., im Rathaus, 2. Stock, Zimmer Nr. 66, aufliegen. Sie können eingesehen werden morgen (Sonntag) von 9—12 Uhr, an den Wochentagen von 8—12 Uhr vormittags und von 2—5 Uhr nachmittags. Nur solche Einsprachen werden berücksichtigt, in denen behauptet wird, daß nicht wahlberechtigte Personen eingetragen oder angemeldete Wahlberechtigte nicht oder unrichtig eingetragen wurden.

Gewerkschaftskartell.

Der Unterricht über Gesetzeskunde muß von Montag auf Mittwoch Abend verlegt werden, da am Montag die Generalversammlung der Ortskrankenkasse stattfindet. Wir bitten die Teilnehmer des Kurses, dies zu beachten.

Badischer Arbeitersängerbund.

Aus Freiburg schreibt man uns: Die am Mittwoch Abend abgehaltene gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung des Gesangvereins Freundschaft hatte sich mit der Entgegennahme der Berichterstattung der badischen Bundesversammlung, welche am Sonntag in Bruchsal tagte, zu befassen und alsdann die Wahl des Bundesvorstandes vorzunehmen. Den Bericht erstattete Genosse A. Spinner und wurden hauptsächlich die schon bekannten Streitpunkte zwischen Lassallia und Vorwärts in Karlsruhe berührt. Die Versammlung erklärte die Verlegung des Vororts als beste Lösung dieser Frage.

Es folgte alsdann die Wahl des Bundesvorstandes. Als Präsident wurde einstimmig per Akklamation Genosse Schenk, als Kassierer Genosse Themke gewählt. Als Schriftführer erhielt die Stimmen Genosse Schuon. Beisitzer sind die Genossen Renner und Spinner. Bekanntmachung an die Bundesvereine erfolgt nächstens.

* **Handlungsgehilfen.** Kollegen und Kolleginnen, die für den Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Sitz Hamburg, Interesse hegen, werden ersucht, sich Montag, den 26. d. Mts., abends 9 Uhr, im Nebenzimmer des Restaurants Goldener Adler, Karl-Friedrichstraße, einzufinden.

* **Eine große Ausstellung für das Gastwirtsgewerbe** beabsichtigt bekanntlich der hiesige Wirteverein im nächsten Frühjahr zu inszenieren. Er suchte zu diesem Zwecke um Ueberlassung der städtischen Ausstellungshalle und eines Teils des Festhalleplatzes auf die genannte Zeit nach. Dem Gesuche wurde entsprochen.

* **Die Karlsruher Athletengesellschaft** veranstaltete am letzten Sonntag, 18. November, in ihrem festlich geschmückten Vereinslokal ihr diesjähriges Winterfest, verbunden mit athletischen Aufführungen und Vereinswettstreit. Aus dem reichhaltigen Programm war zu ersehen, mit welchem Eifer hier gearbeitet wird. Bei lebhaftem Andrange hiesiger und auswärtiger Sportskollegen, Freunde und Gönner des Vereins, waren die Plätze schon längst vor Beginn der Vorstellung besetzt. Das Fest eröffnete Herr R. Bährle mit einer herzlichen Begrüßung. Darauf folgten ein Pyramidenbau und Spezialübungen. Beim Schwergewichtsstemmen wurden sehr gute Leistungen erzielt, besonders sind hervorzuheben die Herren J. Herdle 210 Pfund und R. Maret 230 Pfund. Nach kleiner Pause traten die bekannten Trapezkünstler Bährle und Lippett auf, die mit ihrem Luftzahnarzt großen Beifall erzielten. Das Ehrenpreisringen wurde mit großer Spannung beobachtet. Als Sieger gingen aus demselben hervor: 1. Klasse, 1. J. Herdle; 2. Klasse, 1. Adolf Schäufele. Für die humoristische Unterhaltung sorgte in vortrefflicher Weise Herr Schleich. Mit einer Tanzunterhaltung schloß das sehr schön verlaufene Fest.

* **Kleine Nachrichten.** Am 12. d. Mts. kam einem Reisenden in einem hiesigen Gasthause eine größere schwarzlederne Handtasche mit verschiedenem Inhalt im Werte von 128 Mk. abhanden.

Nach einem Konzert in der Festhalle ließ am 4. d. Mts. ein Herr sein Opernglas im Werte von 20 Mk. liegen und konnte dasselbe bis jetzt nicht wieder erhalten.

In der Techn. Hochschule stahl ein Unbekannter mittelst Nachschlüssel ein neues Richter-Reißzeug im Werte von 42 Mk. Am 18. d. Mts. kam einem Herrn in einem Hotel, gegenüber dem Hauptbahnhof ein grauer Ueberzieher im Werte von 70 Mk. abhanden.

* **Verhaftet** wurden: 1. ein lediger Schneider aus Wien, der sich unter Vorspiegelungen bei einer Witwe einmietete, ohne zu bezahlen verschwand und dadurch seine Logis- und Kostgeberin ganz erheblich schädigte; 2. die 28 Jahre alte Ehefrau eines Händlers aus Rubank, weil sie sich an mehreren Orten unter Vorspiegelungen einmietete, nirgends ihre Miete zahlte und an einem Orte noch einen goldenen Ring im Werte von 50 Mk. stahl und ihn wieder für 3 Mk. versetzte; 3. ein lediger Fischer aus Augsburg, welcher vom Amtsgericht Kempten zur Straferstehung verfolgt wird; 4. ein lediger hiesiger Fuhrknecht, weil er in der Nacht zum 21. d. Mts. einem Kollegen in der Südstadt mit einem Stellmesser in den linken Unterarm stach und endlich 5. ein 30 Jahre alter lediger Hochbauwerkmeister von hier, der am 26. August d. J. im Sammlungsgebäude mittelst Nachschlüssel den seinerzeit veröffentlichten Goldschmuck stahl. Der Täter hat den Schmuck in Stücke zerschnitten und teils mit einem Hammer zerklopft, hier, in Durlach und Mannheim an Uhrmacher verkauft. Ein hiesiger Uhrmacher, dem er am 20. d. Mts. von dem Schmuck herrührendes Gold zum Kaufe angeboten, veranlaßte seine Verhaftung.

Aus dem Reiche.

Metz, 23. Nov. Die Pocken. Von den ins Krankenhaus eingelieferten Personen sind 10 als pockenkrank erkannt worden, 20 sind pockenverdächtig. Gestern wurden weitere 5 Personen eingeliefert, von denen eine schwerkrank ist, die anderen verdächtig sind. Die Epidemie hat auch auf die dem Ausbruchsherd benachbarten Straßen übergegriffen. Sechs weitere Familien wurden als pockenverdächtig ins Spital gebracht. Die Cholera-Baracken sind stark überfüllt. Die jämmerlichen Wohnungsverhältnisse des verseuchten Viertels bieten der Epidemie einen vorzüglichen Herd.

Berlin, 23. Nov. Während einer Schnitzeljagd wurde der Leutnant v. Wadenhoff vom 2. Garde-Dragoner-Regiment von einem Teilnehmer einer gleichzeitig stattfindenden Treibjagd auf der Listenrader Feldmark angeschossen und schwer verletzt. Außer dem Leutnant v. Wadenhoff, dem 38 Schrotkörner in den Rücken gedrungen sind, wurde zwar keiner der Reiter getroffen, doch sind noch drei von den Pferden leicht verletzt worden.

Vermischtes.

§ **Lohn für Liederlichkeit.** An den Grafen Boni de Castellane in Paris, der nach Scheidung von seiner Frau, einer Tochter des Milliardärs Gould, mittellos ist, richtete das Café Martin, das vornehmste Lokal Newyorks, durch Kabeltelegramm das Angebot, dort gegen ein Jahresgehalt von 10000 Dollars als Oberkellner einzutreten. Die Antwort des Grafen ist noch nicht bekannt.

§ **Der Schiffszusammenstoß in Cherbourg.** Nach einer Meldung aus Cherbourg ist von den bei dem Schiffszusammenstoß zwischen dem Kaiser Wilhelm der Große und dem Orinoko schwer verwundeten Personen ein 11jähriges Mädchen gestorben. Ueber die Getöteten wurde folgendes ermittelt: Croissant und Mühlbauer kommen beide aus Worms, Zimbelmann aus Forbach, Anna Koucelik aus Böhmen. Leicht verwundet sind Josef und Therese Durai, Eva Serr aus Worms, Anna Zimbelmann aus Forbach, Frau Mira und Kind aus Mitrareinach.

Letzte Post.

Dr. Anita Augspurg verurteilt.

Hamburg, 23. Nov. Nach mehrtägiger Verhandlung wurde heute Fräulein Dr. Anita Augspurg von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts wegen Beleidigung der Hamburger Polizeibehörde zu 200 Mk. Geldstrafe event. zu 20 Tagen Haft und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

Die Inventuraufnahme erledigt.

Paris, 23. Nov. Wie erwartet, haben die mit der Inventarisierung beauftragten Beamten besonders Widerstand in der Bretagne gefunden. 2000 Bauern belagerten die Kirche des Dorfes Pauguerneau seit 3 Uhr Nachts. Als in der Frühe der Kommissar mit 8 berittenen Gendarmen und einer Abteilung Kürassiere und Husaren ankam, wurden die Sturmglocken geläutet. Nachdem die Truppen die verbarrikadierte Umzäunung frei gemacht hatten, trieben die Bauern die Soldaten mit Knüppeln zurück. Zwei Reiter-Attacken blieben erfolglos. Viele Bauern und Soldaten wurden schwer verletzt. Der Kommandant verlangte telegraphisch 100 Mann Kolonial-Infanterie aus Brest. In Largeasse wurde ein Holzblock gegen den Gendarmerie-Leutnant geschleudert. In Bohars wurde im Laufe des Krawalls der Vikar Bizien verhaftet.

Paris, 23. Nov. Im Ministerium des Innern erklärt man auf Grund der Meldungen der Präfekten, daß die Inventaraufnahme in den Kirchen als erledigt betrachtet werden könne. Neue ernstere Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen.

Eine amerikanische Arbeiterpartei.

New-York, 23. Nov. Der Arbeiterverband, der 30000 Syndikate umfaßt, hat beschlossen, während der Konferenz, die augenblicklich in Minneapolis tagt, eine eigene politische Partei zu gründen, die sich gegen die Republikaner richten soll.

Aus Marokko.

Tanger, 24. Nov. Raisuli, der durch die von den Mächten getroffenen Maßnahmen beunruhigt ist, verlangte von dem Vertreter des Sultans, Mohamed el Torres, Geschütze. Die englische Gesandtschaft machte bei Mohamed el Torres energisch Entschädigungsansprüche geltend wegen der Plünderungen, welche Raisuli an dem Eigentum eines englischen Untertanen verübt hat.

Russische Revolution.

Räuberischer Ueberfall.

Irkutsk, 23. Nov. Gestern Abend beraubte eine bewaffnete Bande das Postamt von Pultuzk im irkutskischen Kreise um 1400 Rubel. Von der Bande wurden sechs Mann festgenommen. Ein Teil des Geldes wurde bei ihnen vorgefunden.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sozialdem. Jugendorganisation.) Sonntag Nachmittag 2 Uhr: Zusammenkunft im „Auerhahn". Bei günstigem Wetter Ausflug. 4700

Karlsruhe. (Gruppe Mühlburg.) Heute Samstag Abend ½9 Uhr im „Theiekanal": Versammlung mit Vortrag. Es ist zu erwarten, daß die Genossen von Mühlburg wieder regen Anteil an den Versammlungen nehmen. 4717

Durmersheim. (Soz. Wahlverein.) Sonntag, 25. Nov., nachmittags 1 Uhr, im Gasthaus zum Hirsch: Außerordentliche Generalversammlung. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung bittet man dringend um vollzähliges Erscheinen. 4679.2 Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

W. G. Knielingen. Ihr dichterisches Produkt eignet sich nicht für den Abdruck im Volksfreund.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für Leitartikel, Badische u. Deutsche Politik, Ausland, Gemeindezeitung und Letzte Post: Wilh. Kolb; für den gesamten übrigen Inhalt: A. Weißmann; für die Inserate: K. Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund Geck u. Cie., sämtliche in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ein
Versuch
genügt.

Schuhwaren-Haus
Jakob Sax
17a Kronenstrasse 17a
„Zur billigen Quelle“.

Jeder
bleibt
Kunde.

Festhalle.
Sonntag den 25. November, nachmittags 4 Uhr
Konzert
der vollständigen Kapelle des
3. Badischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 50
Leitung: Stabstrompeter Schotte.
Eintritt: (Abonnenten 20 Pfg. Nichtabonnenten 50 Pfg. 4689
Soldaten und Kinder je die Hälfte.
Programm 10 Pfg.
Die Konzertabonnementskarten haben Gültigkeit.
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

Apollo-Theater.
Tel. 2042. Bes.: **B. Braunschweiger.** Dir.: **A. Grüneberg.** **Tel. 2042.**
Samstag den 24. November
keine Vorstellung.
Sonntag den 25. November
2 grosse Fest-Vorstellungen
Deutschlands größte Zeit
geschichtlicher, physikal.-optischer Vorführung.
Anfang 3½ und 8 Uhr.
Kleine Preise: Reserv. Platz Mk. 1.—, I. Platz 80 Pfg., II. Platz 50 Pfg., Balkon 50 Pfg., Galerie 30 Pfg. 4707

Kinematograf „Universelle“
Waldstrasse 13 **Waldstrasse 13.**
Jeden Samstag neues Programm.

Deutscher Holzarbeiterverband Durlach
Diejenigen Kollegen, welche an dem
Ausflug nach Untergrombach
teilnehmen, haben sich mit ihren Familienangehörigen am Sonntag mittag 12²⁰ am Bahnhof einzufinden. Es sei an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Kollegen zahlreich daran beteiligen. Rückfahrt 7²⁸ in Durlach. 4711
Der Vorstand.

Konsumverein für Bruchsal u. Umgeg.
e. G. m. b. H.
Wir laden hiermit unsere Mitglieder zu der am Sonntag den 2. Dezember, nachmittags ½3 Uhr im oberen Saale des „Roten Hahn“ dahier stattfindenden
I. ordentlichen Generalversammlung
ergebenst ein.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrats.
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Statutarische Neuwahl des Geschäftsführers.
4. Ersatzwahl für ein ausscheidendes Aufsichtsratsmitglied.
5. Genossenschaftsangelegenheiten.

Bruchsal den 23. November 1906. 4715
Der Aufsichtsrat:
Daun.

Arb.-Gesangverein Concordia Oos.
Sonntag den 25. November, abends ½8 Uhr, findet im Saale zum Adler unsere
Weihnachtsfeier
verbunden mit Glückshafen, theatralischen Vorträgen und Tanz statt. Wir versprechen den werten Besuchern einige genußreiche Stunden und laden alle Freunde und Gönner höfl. ein.
Mit freiem Sängergruß
Der Gesamtvorstand.

An die Parteigenossen von Freiburg!
Zur Verschönerung der Jahreswendefeier am 30. Dezember soll wieder ein **Kinderchor** gebildet werden. Gewerkschaftlich oder politisch organisierte Arbeiter werden gebeten, ihre sangeskundigen Kinder jeweils Mittwochs und Samstags nachmittags in die Proben in die Restauration zur Stadt Belfort zu schicken. Wir bitten, uns keine Kinder unter 7 Jahren zu senden. Regelmäßiger und pünktlicher Besuch der Proben ist erforderlich. Erste Probe am **Mittwoch, 28. November.**
Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein 4708.2
Der Vorstand.

Aepfel! Aepfel!
ist ein Waggon eingetroffen
Verkaufe das Pfund zu 12 Pfg. solange Vorrat reicht.
Bierhalter's neue Obsthalle
22 Adlerstrasse 22.

Möbel auf Credit
jeder Art complette Einrichtungen
Kleinste Anzahlung. Bequemste Abzahlung.
J. Uttmann
KARLSRUHE Lammstr. 6

Bekanntmachung.
Die Gasbezugsordnung für das städt. Gaswerk betr.

Nr. 26160. Mit Wirkung vom 1. Januar 1907 an treten folgende Aenderungen und Ergänzungen der Gasbezugsordnung vom 24. September 1902 bezw. vom 13. Juli 1905 in Kraft:

§ 10 erhält folgenden Zusatz:
„Für jede Wohnung wird regelmäßig ein Gasmesser aufgestellt; ausnahmsweise kann für Wohnungen, die mehrere Stockwerke umfassen, für jedes Stockwerk ein Gaswerk bewilligt werden.“

§ 12 fällt weg.

§ 13 erhält folgende Fassung:
„Es ist gestattet, an einer Leitung, die zum Betrieb von Gasmotoren dient, in dem Raume, wo die Motoren aufgestellt sind, Beleuchtungskörper mit 1 Leuchtflamme für jeden Motor anzubringen“.

§ 14 erhält folgende Fassung:
„Der Preis des Gases beträgt:
1. für Leuchtgas, Koch- und Heizgas 14 Pfg. für 1 Kbm.,
2. für Gas, das mittelst besonderer Leitung und unter Kontrolle eines besonderen Gasmessers für Gasmotoren verwendet wird, 12 Pfg. für 1 Kbm.
3. für das durch Münzgasmesser abgegebene Gas 15 Pfg. für 1 Kbm.

§ 15 erhält folgende Fassung:
„In der Regel wird jeweils nach Umlauf zweier Monate der Gasverbrauch festgestellt und der dafür zu zahlende Geldbetrag erhoben.
Die Gasrechnungen werden dem Abnehmer quittiert überreicht und sind bei Vorzeigung sofort zu bezahlen“.

§ 16 erhält folgende Fassung:
„Der Preis für Gas mindert sich bei Großverbrauchern, bei denen das Gas zu Leuchtzwecken und jenes zu Koch- und Heizzwecken besonders gemessen wird:
1. für Gas zu Leuchtzwecken, bei einem Jahresverbrauch:
   a. von 200 000 Kbm. und mehr auf 13 Pfg. für 1 Kbm.
   b. von 250 000 Kbm. und mehr auf 12 Pfg. für 1 Kbm.
2. für Gas zu Koch- und Heizzwecken bei einem Jahresverbrauch von 20 000 Kbm. und mehr auf 12 Pfg. für 1 Kbm.

Würde hiernach der Gasabnehmer für seinen Jahresverbrauch einen höheren Gesamtbetrag zu zahlen haben, als im Falle größeren Verbrauchs, so wird der zu zahlende Gesamtbetrag um die Differenz gemindert. (Wenn z. B. ein Gasabnehmer 190 000 Kbm. Gas verbraucht hat, so beläuft sich der hierfür zu zahlende Gesamtbetrag auf 190 000×14 Pfennig = 26 600 Mk. Hätte jedoch der Abnehmer 200 000 Kbm. verbraucht, so würde er zu zahlen haben 200 000×13 Pfg. = 26 000 Mk. In diesem Fall soll dem Abnehmer die Differenz 26 600 — 26 000 = 600 Mark zu gut kommen).

Der Betrag der Preisminderung wird jeweils nach Schluß eines Kalenderjahres berechnet und dem Verbraucher gutgeschrieben oder, wenn er kein Gas mehr bezieht, zurückbezahlt“.

§ 17, Absatz 4 fällt weg.

Die §§ 19, 20 und 21 fallen weg.

§ 22 erhält folgende Fassung:
„Auf Verlangen der Gasabnehmer werden Münzgasmesser aufgestellt, wenn kein größerer Gasmesser als für 5 Flammen erforderlich ist.
Der Münzgasmesser wird an einer durch das Gaswerk zu bestimmenden Stelle angebracht. Im Keller werden Münzgasmesser nicht aufgestellt.
Seine Einrichtung ist derart, daß der Durchgang des Gases erst nach Einwurf eines Zehnpfennigstückes stattfindet. Es können auch auf einmal hintereinander mehrere Zehnpfennigstücke eingeworfen werden; der Münzgasmesser zeigt dann an, wieviel bezahltes Gas noch unverbraucht ist.“

§ 23 fällt weg.

Die §§ 26 und 27 werden durch folgende Bestimmung ersetzt:
„Das Gaswerk stellt dem Gasabnehmer auf Verlangen einfache Beleuchtungskörper und Kochapparate mittweise zur Verfügung.
An einen Abnehmer werden mietweise abgegeben:
Kochapparate (mit 2 oder 3 Brennern) je 1 Stück.
Beleuchtungsgegenstände bis zu 3 Stück.
Der jeweils nach Umfluß von 2 Kalendermonaten zu zahlende Mietzins beträgt für jede Lampe und für jeden Kochapparat 10 Pfg. für 1 Kalendermonat und ist mindestens für 12 Monate zu bezahlen.
Im übrigen ist die Miete besonders zu vereinbaren.
Wer Gas durch einen Münzgasmesser bezieht, erhält auf Verlangen diese Gegenstände leihweise (ohne Mietberechnung).“

Als § 34 wird folgende Bestimmung neu eingefügt:
„Für alle Streitigkeiten zwischen der Stadtgemeinde und den Gasabnehmern wird die Zuständigkeit der Karlsruher Gerichte (Gemeindegericht, Amtsgericht, Landgericht) anerkannt.“

Die neue Gasbezugsordnung wird in der Weise eingeführt werden, daß die Gasabnehmer von der Gasverbrauchsaufnahme, die im Laufe des Monats Januar 1907 stattfindet, an, den neuen Gaspreis zu bezahlen haben.

Die Aenderungen an den Gasleitungen, die durch die Wegnahme des zweiten Gasmessers bedingt werden, nimmt das städtische Gaswerk auf seine Kosten vor.

Abdrücke der neuen Gasbezugsordnung werden sämtlichen Gasabnehmern durch das Gaswerk zugestellt werden.

Karlsruhe den 20. November 1906.
Der Stadtrat:
Siegrist. Lacher.

Lodenjoppen
warm gefüttert
von M. 5.— an.

Gestrickte -- Westen --
in guter Qualität
v. M. 2.80—12.—.

N. Breitbarth
Karlsruhe
Ecke Kaiser- und Herrenstraße.
Mitglied des Rabattsparvereins.
Telefon 1512.

Gegen **Monatsraten** von **2 M.** an
Musikwerke selbstspielende, sowie Drehinstrumente mit Metallnoten. Automaten
Zithern aller Arten, Saiten-Instrumente, **Violinen** nach alten Meister-Mod. Mandolinen, Guitarren, Harmonikas.
Grammophone garantiert echt, mit Hartgummi-Platten, Phonographen
Ferner Photograph. Apparate, Operngläser, Feldstecher, künstl. gerahmte Bilder, Jagdgewehre, Schreibmaschinen.
Man fordere illustr. Katalog 490 gratis und frei. Postkarte genügt. **Bial & Freund in Breslau II.**

Kleine Anzeigen.
Unter dieser Rubrik können unsere Abonnenten einmal im Monat gegen Vorweisung der Quittung ein kleines Inserat, Zimmer zu vermieten, Zu verkaufen u. ähnliches **gratis** aufgeben.
Verlag des Volksfreund.

Günstige Gelegenheit!
In verkehrsreichem Städtchen des bad. Oberlandes wird eine flottgehende
Schreinerei
umständehalber unter günstigen Verhältnissen abgegeben. Inventarübernahme mit vorhandenen Rohmaterialen nach Uebereinkunft. Neuerbaute, freistehende Werkstätte mit Hobelbänken und Kleinwerkzeug. Wohnung nebenan im Hause der Eigentümerin. Wenig Konkurrenz am Platze.
Tüchtigem Geschäftsmann bietet sich zweifellos
sichere Existenz.
Uebernahme sofort oder nach Uebereinkunft.
Winter-Arbeit
genügend vorhanden. 4716.4
Gefl. Offerten sind zu richten an:
A. Specht,
Rechtsconsulent und Liegenschafts-Agentur in Schopfheim.

Bekanntmachung.
Wir haben nachstehende Altmaterialien zu vergeben:

ca. 5900	Kilo	Schmiedeeisen
„ 1500	„	Stahlguß
„ 6000	„	Gußeisen
„ 550	„	Brandguß
„ 4550	„	Schienenabfälle
„ 400	„	Eisenspähne
„ 2200	„	Eisenblech
„ 1800	„	Kupfer
„ 65	„	Kupferspähne
„ 411	„	Messing
„ 15	„	Messingspähne
„ 488	„	Rotguß
„ 361	„	Rotgußspähne
„ 50	„	Zink
„ 50	„	Glimmer
„ 126	„	Gummi
„ 80	„	Bogenlampenkohlen-Reste
„ 10	„	Lederreste.

Bedingungen und Angebotsformulare sind in unseren Geschäftsräumen, Tullastraße 71, erhältlich.
Angebote sind uns bis zum 7. Dezember d. Js. vormittags 10 Uhr, in verschlossenem, mit der Aufschrift „Angebot auf Altmaterial“ versehenen Umschlag einzureichen. 4709
Karlsruhe, 22 November 1906.
Städt. Straßenbahnamt.

Gänselebern
werden fortwährend angekauft
Erbprinzenstr. 31, 2. St.

Herde! Oefen! Waschmaschinen!
Emaillierte Herde mit Steine Nickelstange, geschliffene Platten von **55 Mk.** an, lackierte Herde von 24 Mk. an bis zu den größten in feinster Ausführung unter Garantie.
Oefen in allen Größen und jeder Ausführung.
Gasherde, Email- und Eisen-Kochgeschirre u. dgl. zu sehr billigen Preisen empfiehlt
Ernst Marx
Herdgeschäft
Luisenstraße Nr. 45.

Kleine Anzeigen.
1mal im Monat f. Abonn. gratis

Göthestr. 24, 4. St. r. Gut möbl. Zimmer an ruhige ord. Arbeiter zu verm. Preis mit Kaffee 14 Mk.

Kaiserallee 95, 4. St. ist ein möbliertes Zimmer auf sofort oder später zu vermieten.

Sternbergstr. 5, 2. St ist ein auf sofort od. später ein einfach möbliertes Zimmer zu vermieten.

Stühle werden zum Flechten angenommen u. auf Verlangen abgeholt. **Werderstr. 85,** 3. St.

Zimmertisch, Kinderbettlade, Waschtisch, alles wenig billig zu verk. **Gerwigstr. 32,** 3. St.

Kanarienvögel Hahnen u. Weibchen billigst bei Jos. Maier, Sophienstr. 14, Baden-Baden.

Laubsägmaschine mit Fußbetrieb für 15 Mk. zu verkaufen. **Wilh. Herrenschwand, Horuberg.**

Weißnäherin, in allen Arbeiten bestens d. Wäsche gut bew., sucht noch Kund für ins Haus zum nähen. Gefl. Off. unter fragen **Marienstr. 67,** Hth. 1. St.

Schneiderin verh., wünscht ein Geschäft zu übernehmen oder den Verk. v. Resten u. zu übernehmen. Off. an **M. Damen, Freiburg i. B.** Karthäuserstraße 64 b.

Kleidermacherin nimmt noch Kundschaft. **Werderplatz 33,** 2. St.

Waschfrau, tüchtige, sucht Stellung im Waschen, Putzen od. in Küche. **Waldhornstr.**